

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Bewilligung gestattet. Abmängung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. April 1930

Brünings Zufallsmehrheit.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Der Antrag der Regierungsparteie des Reichstags, der eine Verbindung der Agrar- mit den Finanzvorlagen der Regierung herstellt, wurde in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags mit 217 gegen 206 Stimmen angenommen.

Die Sitzung, die dieses Reichstags letzte sein konnte, begann am Sonnabend kurz nach Mittag unter ungeheurer Spannung der Abgeordneten und Journalisten.

Die Tribünen des Publikums waren weniger stark besetzt, weil erst die Morgenblätter die kritische Zuspitzung melden konnten. Um wieder einmal zu zeigen, dass sie hinter den Ereignissen herhinken, liessen die Kommunisten zur Geschäftsordnung einen Misstrauensantrag einbringen. Niemand beachtete ihn, niemand hörte ihrem Redner zu. Die Abgeordneten richteten ihre Blicke auf den Kanzler, der sich nach dem kleinen kommunistischen Zwischenspiel sofort erhob, um die angekündigte Erklärung vorzulesen: Entweder Annahme des Antrages der Regierungsparteien, der Finanz- und Agrarvorlagen miteinander verbindet, oder die Reichsregierung wird auf anderen Wegen die Finanzen, die Landwirtschaft, das Vaterland retten. Brüning liebt unklare Wendungen. Er sprach weder das Wort Auflösung noch die Drohung mit dem Art. 48 aus. Man weiss aber zur Genüge, dass dies seine "anderen Wege" sind.

Der sozialdemokratische Fraktionsführer Breitscheid antwortete ihm sofort. Er verlangte die unverzügliche Entscheidung. Nach 14tägiger Regierungskunst stehe das Kabinett Brüning vor seinem moralischen Bankrott. Harte Worte rief Breitscheid zu den Mittelparteien hinab. Das sei, sagte er, kaum noch ein Parlament. Es sei ein Haus mit Schachergeschäften wie eine Börse. Npch im Glauben, dass die Deutschnationalen fest bleiben würden, gab Breitscheid Parolen zum Wahlkämpfe aus. Die Sozialdemokratische Fraktion applaudierte stürmisch. In dem minutenlangen Beifall gingen die Gegenkundgebungen der Kommunisten unter.

Dann stieg würdevoll der Zentrumsabgeordnete Esser auf die Tribüne, um unter allgemeiner Verwunderung zu erklären, dass das Zentrum mit dem Namen Brüning in die Wahlschlacht ziehen werde zur Rettung des Vaterlandes. Der Kommunist Torgler tobte einige Minuten gegen die Sozialdemokratie. Herr Stöhr von den Nationalsozialisten schloss sich ihm in jedem Wort an. Sie lieben vereint, und sie hassen vereint; sie haben alle nur einen Feind: die Partei der deutschen Arbeiter, die Sozialdemokratie.

Kleinlaut sprach der Demokratenführer Koch. Würde er nach einem Wahlkampf noch irgend wen zu führen haben? Er machte immerhin in dieser Schicksalsstunde das Bekenntnis, dass nicht nur rechts von seiner Partei, sondern auch in ihr schon seit langem Bestrebungen gewachsen seien, ohne die Sozialdemokratie zu regieren. Der volksparteiliche Häuptling Dr. Scholz ist in dem Augenblick, wo die Verantwortung vor den Wählern auf Minutennähe nahegerückt scheint, auch

recht vorsichtig geworden. Er will es weder mit der Linken noch mit der Rechten verderben. Seine Partei sei bereit, Unterstützung von rechts oder von links zu nehmen. "Aber doch lieber von links!" riefen ihm die Sozialdemokraten zu.

Die Deutschnationalen sassen unterdessen wie geprügelte Kinder da. Wiederholt wurde nach Hugenberg gerufen. Er schwieg. Statt dessen ging Hergt in die Front. Er versuchte im letzten Augenblick eine Brücke zur Regierung. Ein neues Junctim. Das Ostprogramm solle durch Verbindung eines Antrages mit der Biersteuer gesichert werden. Brausendes Gelächter auf der Linken. Der Reichsfinanzminister Moldenhauer erwiderte auf die Offerte verbindlich und freibleibend wie ein Geschäftsmann, der in seinem Stand auf der Messe handelt. Er sei leider nicht in der Lage, sofort zuzuschlagen, aber man solle doch endlich etwas mehr Vertrauen in die junge Firma Brüning und Moldenhauer setzen. Sie werde auch für das Ostprogramm herauswirtschaften, was sie könne. In den Reihen der Deutschnationalen gab es bei diesen schönen Worten ein Raunen als seien wieder einige starke Männer umgefallen.

Der christlich-nationale Bauer Döbrich stritt sich noch ein wenig mit den Nationalsozialisten herum, wer nun eigentlich in Deutschland zur allernationalsten Richtung gehöre. Kurz vorher hatte die wundervolle Arbeiterpartei der Nationalsozialisten erklären lassen, dass sie auch die höchsten Zölle für ihren Protektor Hugenberg bewilligen werde.

Kurz nach 1 Uhr begann die Abstimmung. Um 1 Uhr 18 war sie geschlossen. Das Haus fieberte. Hunderte Blicke wandten sich nach rechts. Man sah, dass Hugenberg und einige Getreue die rote Neinkarte hochhielten. Bald aber zeigte sich, dass die grosse Mehrheit dieser Fraktion von Kraut und Rüben ihrem Führer nicht mehr folgte. Die weissen Karten überwogen. Auch einige Nationalsozialisten gaben weisse Ja-Karten ab. Eine einzige blaue Enthaltungskarte startete in dem entscheidenden Ringen zwischen rot und weiss. Eifrig zählte das Büro. Der Präsident erhob sich. Ein Glockenzeichen: 424 Abgeordnete haben abgestimmt, einer hat sich enthalten, 206 Stimmen mit Nein, 217 Stimmen mit Ja. Der Antrag der Regierungsparteien ist angenommen. Pfui-Rufe bei den Kommunisten. Dann leerte sich rasch der Sitzungssaal. Unter nur recht geringer Aufmerksamkeit wurden 10 Minuten später die sachlichen Verhandlungen fortgesetzt.

Es haben also fast 70 Abgeordnete bei der entscheidenden Abstimmung gefehlt. Darunter befinden sich 25 Sozialdemokraten. Diese verhältnismässig hohe Zahl erklärt sich, abgesehen von den zehn wegen Krankheit Beurlaubten daraus, dass eine Anzahl Abgeordnete Verpflichtungen im Lande übernommen hatte, weil noch bis Freitag nachmittag niemand voraussehen konnte, dass am Sonnabend die entscheidenden Abstimmungen stattfinden würden und sie deshalb nicht rechtzeitig nach Berlin zurückkehren konnten. Von den Regierungsparteien waren 22 Abgeordnete nicht anwesend, von den Deutschnationalen 9 und den Kommunisten 7.

Eine Zufallsmehrheit hat die Regierung gerettet. Eine Zufallsmehrheit, die schon am Montag zu einer Minderheit werden kann. Das eine ist jedenfalls sicher dass mindestens die Hälfte des gegenwärtigen Reichstags gegen die Regierung Brüning steht, ihre Politik und ihre politischen Methoden verwirft und bekämpft. Angesichts dieser parlamentarischen Situation gehört schon ein grosses Stück Phantasie und Demagogie dazu, von einem "Sieg" der Regierung Brüning zu reden. Die Regierung Brüning hat nicht "gesiegt", gesiegt hat die Angst der Rechten vor Neuwahlen und dieser Sieg wurde schliesslich Herrn Brüning zum Retter. Aber noch ist nicht aller Tage Abend.

Anm.f.d.Red.: Die nächste Ausgabe des S.P.D. gelangt am Sonntag-Abend zum Versand.

SPD. New Dehli, 12. April (Eig. Drahtb.)

In einem Lokalzug in der Nähe von Bombay explodierte am Sonnabend eine Bombe. Eine halbe Stunde später war in dem Wartesaal einer unweit gelegenen Station ebenfalls eine Bombenexplosion zu verzeichnen. In den beiden Fällen wurde je eine Person verletzt. Die Polizei bringt die Attentate mit dem im Gange befindlichen Eisenbahnerstreik im Zusammenhang.

Der Bürgermeister von Kalkutta, Sen Gupta, der dieser Tage erst eine zehntägige Gefängnisstrafe abgebusst hat, wurde am Sonnabend beim Vorlesen verbotener Literatur in einer Studentenversammlung wieder verhaftet.

SPD. Bei der Abstimmung über das "Junktum", die die Annahme mit 217 gegen 206 Stimmen bei einer Enthaltung ergab, haben 67 Reichstagsabgeordnete von 491 gefehlt. Davon entfallen auf:

Sozialdemokratische Partei: 25 Abgeordnete.

Bock, Dietrich-Thüringen, Eggerstedt, Falkenberg, Ferch, Gerlach, Grassman, Hoffmann-Kaiserslautern, Jücker, Kröger (Rostock), Dr. Leber, Müller (Lichtenberg), Peters, Frau Pfülf, Dr. Luessel, Frau Schiffgens, Schmidt-Meissen, Schöpflin, Schreck-Bielefeld, Frau Schroeder, Frau Schulz (Westfalen), Frau Dr. Siemsen, Staab, Ulrich (Hessen, Witte.

Deutschnationale Volkspartei: 9 Abgeordnete.

Graf zu Schulenburg, Gok, Gottheiner, Hergt, Dr. Kleiner, Koch (Düsseldorf), Dr. Beyer, Wege, Wolf (Stettin).

Zentrum: 6 Abgeordnete. Ehrhardt, Fahrenbrach, Giesberts, Imbusch, Dr. Kaas, Ulitzka.

Kommunistische Partei: 7 Abgeordnete. Dietrich (Berlin, Heckert, Koenen, Pfaff, Pfeiffer, Thälmann, Thesen.

Deutsche Volkspartei: 4 Abgeordnete. Albrecht, Dr. Curtius, Hamkens, Kempkes.

Deutsche Demokratische Partei: 6 Abgeordnete. Frau Dr. Bäumer, Ehlermann, Erkelenz, Dr. Haas, Frau Dr. Lüders; Meyer-Berlin.

Wirtschaftspartei: 3 Abgeordnete. Dunkel, Köster, Schulte (Westfalen).

Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft: Kein Abgeordneter.

Bayerische Volkspartei: Dauer (Niederbayern)

Nationalsozialisten: 4 Abgeordnete. Feder (Sachsen), Dr. Frick, Strasser, Wagner.

Deutsche Bauernpartei: 2 Abgeordnete. Dr. Fehr, Haindl.

Bei keiner Partei: Frölich (Leipzig)

+ + +
An der Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag gegen die Reichsregierung haben von der sozialdemokratischen Fraktion 23 Abgeordnete nicht teilgenommen. Von den Deutschnationalen haben folgende 19 Abgeordnete für den Misstrauensantrag gestimmt: Dr. Agena, Dr. Bang, Berndt, von Barden-dorfer, Dr. Everling, von Freytagh-Loringhoven, von Goldacker, Dr. Hanemann, Dr. Hugenberg, Laverrenz, Frau Lohmann, Dr. Oberfohren, Dr. Quatz, Rieseberg, Schmidt-Hannover, Dr. Steiniger, Stubbendorff, von Troila und Dr. Wienbeck. Der Abgeordnete Dr. Spahn hat sich der Stimme enthalten. Nicht anwesend waren bei der Abstimmung folgende elf deutschnationale Abgeordnete: Graf zu Eulen-burg, Gok, Gottheiner, Graef-Thüringen, Dr. Kleiner, Frau Mueller-Ottfried, Dr. Meier, Ohler, Staffehl, Wege und Wolf-Stettin. Die übrigen 33 deutschnationalen Abgeordneten haben den Misstrauensantrag abgelehnt.

SPD. Hannover, 12. April (Eig. Drahtb.)

Die Pressestelle beim Oberpräsidium in Hannover teilt mit: "Durch Verfügung vom 12. April hat der Oberpräsident das Erscheinen des hiesigen Hugenbergblattes, der "Niederdeutschen Zeitung", wegen Verstoss gegen das Gesetz zum Schutz der Republik auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels, der sich mit der Massregelung der drei reaktionären Landräte in der Provinz Hannover beschäftigt und in dem unter Hinweis auf die Kanalrebelln gesagt wird: "Es ist ein Unterschied, ob der König von Preussen etwas anordnet oder ob die im Sumpf der Revolution durch Verrat und Verfassungsbruch emporgebrodelten Männer es tun."

SPD. In kommunistischen Oppositionskreisen wird behauptet, dass sich unter den zahlreichen abgebauten Angestellten der Russischen Handelsvertretung in Berlin allein 400 Russen befinden, die sich weigerten, nach Moskau zurückzukehren.

+ + +

Um Merker an der Fortsetzung seiner Fraktionsarbeit zu hindern, hat er Befehl erhalten, nach Moskau zu kommen. Zum Nachfolger Merkers als Gewerkschaftsleiter der KPD sind Geschke und Dahlem in Aussicht genommen.

SPD. Kiel, 12. April (Eig. Drahtb.)

Der Schleswig-Holsteinische Bauernverein wendet sich in einer öffentlichen Kundgebung gegen das Agrarprogramm der Reichsregierung mit dem Hinweis, dass eine Politik, die die Verfütterung von Ackererzeugnissen unrentabel gestaltet, auf die Dauer gesehen, die viehische Veredelungs-Produktion vernichtet muss. Wenn die Futtermittel dem Landwirt pro Zentner in Zukunft 12 Mark kosten würden, so stelle sich die Erzeugung eines Zentners Schweinefleisch einschliesslich Arbeitslohn auf 72.--- Mark. Der Schweinepreis müsse sich im Durchschnitt auf mindestens 85 Mark bewegen, wenn dem Landwirt ein nur ausreichender Verdienst gelassen werden soll. Ähnlich liege die Sache bei der Erzeugung von Milch und Eiern. Das Regierungsprogramm sei ein rein handelspolitisches Programm, das den Eindruck erwecke, als ob die gesamte Notlage der Landwirtschaft lediglich aus der scharfen Konkurrenz des Auslandes hervorgehe. Je mehr man aber im deutschen Bauerntum die Meinung stärke, als ob lediglich die Höhe der Zollsätze bestimmend wäre für die landwirtschaftliche Rentabilität, um so geringer würden die Bemühungen sein, durch verbesserte Produktions- und Umsatzmethoden der Konkurrenz des Auslandes die Stirn zu bieten und dem inländischen Käufer gegenüber den notwendigen Anreiz zu geben.

SPD. Aus Paris wird uns geschrieben: Während der letzten französischen Kabinettskrise, als Tardieu seine "Regierung der Mitte" zusammenstellen wollte und bei einem Rechtskabinetts endete, weil ihm die bürgerliche Linke trotz aller von ihm angebotenen grossen Zugeständnisse die Mitarbeit verweigerte, als es damals bis zur letzten Minute zweifelhaft war, ob Tardieu eine Mehrheit in der Kammer erhalten würde, war viel die Rede von den "Sachsen". Als "Sachsen" gelten in der französischen Kammer die Überläufer, die um irgend welcher materiellen Vorteile willen, z.B. für einen Minister- oder Unterstaatssekretärposten ihre Überzeugung verkaufen. "Wird Herr Tardieu seine Sachsen finden?" das war die grosse Frage und die Überschrift zahlreicher Zeitungsartikel. Denn in zwei gleichstarke Hälften spaltet sich das Parlament, und den Ausschlag geben die "Sachsen". Das Wort stammt aus der Schlacht bei Leipzig, als der Bundes

genosse Napoleons, der König von Sachsen, der für die Sache Frankreichs kein gutes Ende kommen sah, mitten in der Völkerschlacht seinen Generälen den Befehl gab, zu den verbündeten Preussen und Russen überzugehen.

Wird Tardieu seine Sachsen finden? Mit acht Stimmen wurde er vierzehn Tage vorher gestürzt und eine Mehrheit war weit und breit nicht zu sehen. Die Vorsetzung war jedoch diesmal Herrn Tardieu so hold wie einst dem Generalfeldmarschall Blücher, denn sie ist immer mit den stärkeren Bataillonen. Der Ministerpräsident schuf sie sich, indem er seine Regierung um acht Minister und Unterstaatssekretär vermehrte, für die nicht einmal Platz genug auf den Regierungsbänken war. Acht "Sachsen" fanden sich, zwei sogar unter seinen schärfsten bürgerlichen Gegnern, aus der Partei Herriots. Und Tardieu siegte, sogar mit mehr als acht Stimmen, er riss sogar die schlimmsten Nationalisten zu sich herüber, indem er ihnen und den hinter ihnen stehenden Interessenten grosse wirtschaftliche und politische Vorteile versprach. Tardieu, der sich früher nie mit diesen Leuten kompromittieren wollte, ist ihr Gefangener geworden. Er ist der Führer des französischen Rechtsblockes geworden, obwohl selbst die schärfsten Bekämpfer des Youngplanes, um der versprochenen Vorteile willen, den Younggesetzen und damit der Rheinlandräumung zugestimmt haben.

Auch Herr Brüning hat seine "Sachsen" gefunden. Er hat sie gefunden in der deutschnationalen Reichstagsfraktion auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer, die das Schachergeschäft zwischen der Regierung Brüning und den Sachsengängern von rechts teuer zu zahlen haben werden. Aber was besagt das für Herrn Brüning - wenn er Reichskanzler bleiben kann!

SPD. Leipzig, 12. April (Eig. Drahtb.)

Vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts wurde am Sonnabend der 36 jährige Schriftleiter der "Roten Fahne" in Berlin, Fritz Hampel wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikenschutzgesetz zu 2 Jahren Festungshaft und 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Zwei Monate und die Geldstrafe gelten durch die Untersuchungshaft als verbüsst.

Hampel, der unter dem Namen Slang schreibt, wurde 1895 in Sachsen geboren, besuchte das Lehrer-Seminar und war von 1918 bis 1924 Lehrer in Leipzig. Seit 1922 gehört er der KPD an. Im Jahre 1924 trat er in die Redaktion der "Roten Fahne" ein, bei der er auch jetzt noch angestellt ist. Im Mai und Dezember 1929 sowie im Januar 1930 zeichnete Hampel für das kommunistische Blatt verantwortlich. Während dieser Zeit erschienen in der "Roten Fahne" und deren Kopfblättern 28 Artikel, in denen die Reichsanwaltschaft eine Vorbereitung zum Hochverrat erblickte. Der Angeklagte wurde bereits am 22. Juni 1929 in Haft genommen, gegen Stellung einer Kautionshöhe von M 1000.-- aber am 7. Juli 1929 wieder auf freien Fuss gesetzt. Am 7. Februar 1930 wurde Hampel abermals verhaftet. Seit dieser Zeit befindet er sich in Untersuchungshaft.

SPD. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Abg. Hugenberg, hat den deutschnationalen Parteiausschuss zum 1. Mai nach Berlin einberufen. Veranlassung zu der Tagung hat die Spaltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion bei den Abstimmungen in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags gegeben. Angeblich ist Hugenberg entschlossen, nunmehr den Bruch mit dem "Renegaten-Flügel" der deutschnationalen Fraktion - wie man die deutschnationalen Retter der Regierung Brüning in den Kreisen um Hugenberg nennt - zu vollziehen.

SPD. Wien, 12. April (Eig. Drahtb.)

Die Christlich-Sozialen geben nun auch noch zu, dass der Rücktritt Seipels nicht nur durch dessen Krankheit veranlasst worden ist.

Das christlich-soziale "Neuigkeitsweltblatt", das Organ des gemässigten, fflügels im Kunschak, schreibt am Sonnabend zu dem Rücktritt Seipels: "Wenn auch der Rücktritt vor allem und fast ausschliesslich in dem Gesundheitszustand Dr. Seipels seine Begründung findet, so haben zweifellos auch die politischen Schwierigkeiten der letzten Monate dazu beigetragen, die zum Teil auch in der Partei zu persönlichen Gegensätzen, insbesondere in der Auffassung über taktische Fragen, geführt haben." Als künftigen Führer der Christlich-Sozialen bezeichnet das "Neuigkeitsweltblatt" den Vizekanzler Vaugoin, der zu den engsten Anhängern Seipels gehört.

SPD. Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Prüfung der Zustände in der Berliner Stadtverwaltung vernahm am Sonnabend zunächst den früheren Berliner Stadtkämmerer Dr. Karding über den Ankauf des Gutes Düppel. Der Zeuge gibt an, dass nach seiner Ansicht damals die Sicherungen zur Hergabe des Kredits an Hiller als ausreichend angesehen wurden. Auf weitere Einzelheiten kann er sich nicht genau entsinnen. Es werden deshalb aus dem stenographischen Protokoll der Stadtverordnetenversammlung von 1926 die Reden der sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Lohmann und Adolph Hoffmann verlesen. Beide Redner haben schon damals auf Unregelmässigkeiten beim Ankauf von Düppel und Teilen des Städtischen Schlachthofes hingewiesen und behauptet, dass die Stadt hinters Licht geführt worden sei. Sie haben in diesem Zusammenhang scharfe Angriffe gegen Stadtrat Busch gerichtet und schliesslich gedroht, mit ihm nicht mehr weiter zusammenzuarbeiten, falls nicht restlos Aufklärung geschaffen werde. Adolph Hoffmann schloss damals seine Rede mit den Worten: "Der Busch muss ausgerodet werden!"

Es wird weiter festgestellt, dass schon vor diesem Zeitpunkt ein Disziplinarverfahren gegen Busch schwebte, bei dem aber nichts herausgekommen ist, da der Oberpräsident erklärte, dass sich nichts gegen Stadtrat Busch habe feststellen lassen. Abg. Adolph Hoffmann (Soz) erklärt dazu, dass es damals geradezu eine Manie von Busch gewesen sei, als Vorsitzender der Grundstücksdeputation diese mit Ultimativen zu zwingen, innerhalb weniger Tage Grundstücke zu kaufen. Die Deputation habe dann schliesslich erklärt, dem Magistrat so lange jede Vorlage abzulehnen, bis nicht an Stelle von Busch ein anderer Vorsitzender bestellt werde. Leider hätten damals die bürgerlichen Parteien versagt, als die Sozialdemokraten den Vorstoss gegen Busch unternahmen. Wegen des versteckten Vorwurfs der Bestechung habe Busch gegen Hoffmann klagen und ein neues Disziplinarverfahren gegen sich beantragen wollen. Er habe aber beides nicht getan.

Bankier Szamatolski berichtet als früherer Vermögensverwalter des Prinzen Friedrich Leopold über die ersten Verhandlungen im Jahre 1924 mit der Stadt wegen Düppel. Damals sei die Firma Jsrael Schmidt Söhne beauftragt worden, mit der Stadt zu verhandeln. Stadtrat Busch habe damals abgelehnt, doch habe sich gleich darauf Hiller dazwischengeschoben und das Geschäft zustande gebracht. Der Zeuge hat von dem Prinzen eine Provision von 125 000 Mark erhalten. Auch Bankier Graetz, der mit Szamatolski zusammen Mitinhaber der Bankfirma Pinkus gewesen sei, habe aus diesen ersten Verhandlungen einen Provisionsanspruch an den Prinzen in Höhe von 15 000 Mark hergeleitet. Der Zeuge behauptet allerdings, dass hinterher seine Provision wie die von Szamatolski auf dem Wege des Vergleichs mit dem Prinzen heruntergesetzt worden sei.

Der Zeuge Kaufmann Dürr, früher Vertreter der Firma Mutzenbecher, sagt aus, dass er im Auftrage dieser Firma mit der Stadtbank wegen Krediten verhandelt hat. Bei dieser Gelegenheit sei er Günther zugeführt worden, der sich seiner guten Beziehungen zur Stadtbank rühmte und als Referenz Stadtrat Busch

aufgab. Man habe damals Günther Provision zugesagt, in welcher Höhe vermag der Zeuge nicht mehr anzugeben. Die Verhandlungen hätten in Gegenwart von Stadtrat Busch in der "Petrolia" stattgefunden. Welches Interesse Busch daran gehabt habe, sei ihm damals unklar gewesen. Busch habe dabei allerdings auf seine Mitgliedschaft in der Wirtschaftspartei hingewiesen. Das Geschäft war bereits zum Abschluss gekommen; es waren der Gesellschaft 300 000 Mark Kredite gewährt worden. Ob Günther oder ein Mittelsmann Provision bekommen habe, weiss der Zeuge nicht. Es sei aber auch das Ansinnen an die Firma gestellt worden, für die Wirtschaftspartei Gelder zu geben. Ob diese gezahlt worden seien, könne er deshalb nicht sagen, weil er kurz darauf aus der Firma ausgeschieden sei. Dass Stadtrat Busch Besitzer der "Petrolia" und Vorsitzender des Kreditausschusses der Stadtbank war, ist dem Zeugen unbekannt gewesen.

Anschliessend wird der deutschnationale Stadtverordnete Fedler aufgerufen, von dem Günther behauptet hat, dass er ein Konto bei der "Petrolia" habe, mit Busch sehr gut bekannt ist und bei diesem aus- und eingehe. Diese Behauptungen werden von dem Zeugen energisch bestritten. Er habe ein einziges Mal als Architekt Zeichnungen für einen Garagenbau gemacht. Seine Forderung dafür habe 5000 bis 6000 Mark betragen, er habe aber bis jetzt nur 1000 Mark als Teilzahlung erhalten. Sonst habe er weder direkt noch indirekt ein Geschäft mit Busch gemacht. Er sei im Gegenteil von jeher der schärfste Antipode von Busch gewesen und habe schon 1923 dem Kämmerer Harding gegenüber einen bestimmten Verdacht gegenüber Busch geäussert.

Der Kaufmann Sachs sagt über den Ankauf von Staaken aus, dass Stadtrat Busch von ihm 75 000 Mark für Wahlzwecke der Wirtschaftspartei gefordert habe. Busch habe ihm damals zwecks Auszahlung des Geldes einen Mittelsmann avisiert, auf dessen Namen er sich nicht mehr entsinnen könne und den er nur einmal gesehen habe. Er habe sich ausgewiesen mit einer Karte, auf der Stadtrat Busch den Vermerk geschrieben hatte, dass das Geld an den Überbringer zu zahlen sei. Er habe das Geld ohne Quittung gegeben. Auf die Frage, ob er nicht gewusst habe dass Stadtrat Busch inzwischen aus der Wirtschaftspartei ausgeschlossen worden sei, erklärt der Zeuge, dass er sich darum nicht gekümmert habe. Er sei aus der alten Zeit und habe in einem Stadtrat eine Respektsperson gesehen. Deshalb habe er es auch nicht ungewöhnlich gefunden, für Wahlzwecke Gelder zu geben. Parteikassen seien immer leer und Wahlen ständen immer vor der Tür. (Grosse Heiterkeit!) Ebenso habe er auf Ersuchen von Busch nach Abschluss des Geschäfts Laffayette für einen Fonds des Oberbürgermeisters 30 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Der Vermittler Alfons Pollack gibt an, dass er Busch seit ca. 20 Jahren kenne, aber nicht mit ihm verwandt sei. Er sei vor einigen Jahren an ihn herantreten und habe ihn gebeten, ihn Grundstücksgeschäfte machen zu lassen, da er auf diesem Gebiete Bescheid wisse. Das sei auch geschehen und man habe ihn eine Anzahl diskreter Käufe in solchen Fällen machen lassen, in denen die Stadt nicht selbst in den Vordergrund treten wollte. Das sei z.B. vor dem Bau der Untergrundbahnen in der Landsberger Strasse geschehen. Damit hätte er manchmal sehr lange zu tun gehabt und vielfach hätten sich dann die Geschäfte zerschlagen. Aus diesem Grunde habe er Busch ersucht, ihm auch einmal eine grössere Transaktion zu übertragen. Das habe Busch getan, und so sei es durch seine Vermittlung zu dem Verkauf des Flugplatzes Johannisthal an die Stadt gekommen, wofür er eine Provision von 107 500 Mark vom Verkäufer erhalten habe. Davon sei aber nichts an Busch oder an einen dritten abgegeben worden. Wohl habe er Busch wiederholt Beträge von 2 - 5000 Mark in der Gesamthöhe von 25 000 Mark geliehen, die Busch ab und zu zurückgezahlt habe. Allerdings habe er jetzt noch eine Restforderung an Busch von 15 - 20 000 Mark. Das seien reine Freundschaftsdienste gewesen. Quittungen oder Schuldscheine habe er sich nicht geben lassen. - Nächste Sitzung Montag 1 Uhr.

SPD. Bochum, 12. April (Eig. Drahtb.)

Die drei Metallarbeiterverbände haben sich entschlossen, am 1. Mai, falls nicht vorher eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern zustandekommt, den Rahmentarifvertrag mit der Arbeitgebergruppe Nord-West zu kündigen. Dieser Entschluss erfolgte, da die Konjunktur trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Unternehmer besser ist, als beispielsweise 1927.

Die Gewerkschaften fordern u.a., dass im Bezirk Nordwest keine neuen Verbände (gelbe) zur Tarifgemeinschaft zugelassen werden. Ausserdem wünschen sie ab 1. September die Durchführung der 48 Stunden-Woche. Gegenwärtig arbeiten nur 24 500 Metallarbeiter 48 Stunden in der Woche, 110 000 Arbeiter sind 52 bis 54 Stunden und 63 000 sogar 57 Stunden tätig. Neben dem freien Sonnabend nachmittag fordern die Gewerkschaften ferner noch die Bezahlung jeder Stunde Überarbeit, auch dann, wenn in der Woche nicht voll gearbeitet worden ist. Die Leistung von Überstunden soll von der Zustimmung des Betriebsrats abhängig gemacht werden. Schliesslich werden für Arbeiten an den zweiten Feiertagen der grossen Feste 75 Prozent statt bisher 50 Prozent Zuschlag zum Lohn verlangt.

Eine besonders wichtige Forderung geht dahin, jede reguläre Nacharbeit mit zehn Prozent Zuschlag zu bezahlen. Die Bestimmungen über Lohn, Akkord und Prämienregelung sollen aus dem Vertrag herausgenommen und in einem besonderen Lohnvertrag zusammengefasst werden, um in Zukunft einen sogenannten Tarifeinbruch zu vermeiden. Der Rahmentarifvertrag soll künftig die §§ 615 und 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches berücksichtigen und dem Arbeiter seinen Lohn sichern, wenn er unverschuldet im Betrieb nicht arbeiten kann. Alle über 40 Jahre alten Arbeiter will man dadurch schützen, dass sie bei fünfjähriger Tätigkeit im Betriebe nur nach vierwöchentlicher Kündigung mit Zustimmung des Betriebsrates entlassen werden können. Die Urlaubsregelung soll in Zukunft wie folgt getroffen werden: für Jugendliche von 14 bis 15 Jahren 12 Tage, von 15 und 16 Jahren zehn Tage, 16 und 17 Jahre acht Tage und 17 und 18 Jahre sechs Tage, für Arbeiter über 18 Jahre nach einem Jahr Betriebstätigkeit vier Tage statt bisher drei, steigend bis zu 15 Jahren und 15 Arbeitstagen Urlaub. Auch bei einem Wechsel des Betriebes innerhalb der Gruppe Nordwest soll der Urlaubsanspruch der Arbeiter voll erhalten bleiben. Ausserdem soll dem Arbeiter, wenn er das Jahr Arbeitszeit, das zum Urlaub berechtigt, nicht voll geleistet hat, anteilmässig Urlaub gewährt werden, da Urlaub gleich Lohn zu setzen sei.

Am 26. April wird über die Vorschläge des Metallarbeiterverbandes mit den Unternehmern verhandelt werden.

SPD. Paris, 12. April (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische Abgeordnete Bracke hat in der Kammer beantragt, dass Frauen von jeder Steuerabgabe befreit bleiben, solange ihnen der Staat nicht das gleiche Stimmrecht wie den Männern einräumt. Der Antrag Brackes dürfte im Senat ebenso verstauben, wie alle ähnlichen Initiativanträge, die dem konservativen Geschmack des hohen Hauses nicht entsprechen.

SPD. Bochum, 12. April (Eig. Drahtb.)

Im Ruhrgebiet stehen neue Entlassungen bevor. Die Gruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke, will auf ihren Zechen Nohberg und Beekerwerth zum 1. Mai 800 Arbeiter entlassen. Die Zeche Bickscherheide in Moers, der Niederrheinischen Bergwerksgesellschaft entlässt ebenfalls 200 Arbeiter. Auch die fiskalischen Schächte in Gladbeck sollen die Absicht haben, 650 Arbeitern zu kündigen. Die Warmbetriebe der Dortmunder Union werden von Gründonnerstag bis nach Ostern sechs Tage lang stillgelegt. Davon werden 4000 Arbeiter betroffen. Schliesslich soll die Absicht bestehen, das Stahlwerk Phönix in Duisburg-Meiderich mit 3000 Mann Belegschaft ganz stillzulegen.

SPD. Wien, 12. April (Eig. Drahtb.)

Der Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften protestiert in einem Aufruf an alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten dagegen, dass das Antiterrorgesetz trotz des Widerstandes der Sozialdemokraten beschlossen worden sei und die Zustimmung der christlichen Gewerkschaften gefunden habe. Die Arbeiter und Angestellten werden gleichzeitig zu ununterbrochener Versammlungstätigkeit aufgefordert um das Antiterrorgesetz wirkungslos zu machen.

SPD. Paris, 12. April (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Opfer der Eisenbahnkatastrophe bei Besancon hat sich auf acht Tote und 40 Verwundete erhöht.

Als Ursache des Unglücks wurde ermittelt, dass in der vorgeschriebenen Entfernung von der in Reparatur befindlichen Strecke, auf der der Zug entgleiste, kein Warnungssignal angebracht worden war. Kriegsminister Maginot hat den Opfern der Katastrophe einen Kredit von 17 000 Franken bewilligt.

SPD. Warschau, 12. April (Eig. Drahtb.)

Die von der Reichsregierung beabsichtigte Zollerhöhung für Lebensmittel wird in Warschauer Regierungskreisen als Verletzung der polnischen Exportinteressen angesehen. Der polnische Gesandte in Berlin ist deshalb zu entsprechenden Schritten bei der Reichsregierung beauftragt worden.

SPD. London, 12. April (Eig. Drahtb.)

Der Hauptausschuss der Flottenkonferenz legte am Sonnabend-Nachmittag die Daten für die Abwrackung von insgesamt neun Schlachtschiffen fest. Im Zusammenhang damit wurde den Franzosen und Italienern bestätigt, dass sie noch Anspruch auf 70 000 Tonnen für den Neubau von Schlachtschiffen haben, die ihnen seinerzeit von der Washingtoner Konferenz zugesprochen wurden, die aber nicht ausgenutzt worden sind. Frankreich und Italien werden also dem geplanten Bau- feiertag nicht beitreten, ohne sich in dieser Beziehung freie Hand vorzubehalten, wobei Frankreich sich u. a. auf den deutschen Panzerkreuzer A beruft.

Im weiteren Verlauf der Sitzung brachte der japanische Hauptdelegierte zur allgemeinen Überraschung die Frage des Tonnageaustauschs zwischen den einzelnen Kategorien wieder zur Sprache. Diesen Streitpunkt, der ursprünglich den Franzosen zuliebe aufs Tapet gebracht worden war, hatte man bereits seit einigen Wochen vergessen. Die Japaner wünschen, dass 15 Prozent der Tonnage zwischen gewissen Kategorien für austauschbar erklärt werden. Man versuchte ihnen klarzumachen, dass damit das ganze Gleichgewicht zwischen den vereinbarten Ziffern wieder in Gefahr gebracht werden könnte. Die Japaner verwahrten sich jedoch dagegen, dass das ihre Absicht sei und bestanden auf einem prinzipiellen Beschluss. Die Frage wurde offen gelassen und dürfte bis zur Plenarsitzung am Montag geregelt werden.

SPD. Bochum, 12. April (Eig. Drahtb.)

Der Willicher Betrieb des Stahlwerks Becker mit 1600 Arbeitern, soll nach einem am Sonnabend mit der Belegschaft getroffenen Abkommen bis zum 31. März 1931 weitergeführt werden. Dem Abkommen sind die früheren Bedingungen der Werkleitung (15 Prozent Ermässigung der Akkordlöhne, Entlassung aller nicht unbedingt erforderlichen Kräfte, Ersparnisse von monatlich mindestens 100 000 Mark.

zugrundegelegt.

Das Abkommen hat einen Nachsatz, der von dem Betriebsrat der Angestellten-
Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften unterzeichnet ist, be-
wird. Er lautet: "Vorstehendes Abkommen zwischen der Becker-Stahl A.G. und
der Belegschaft bestätigen wir und vereinbaren gleichzeitig mit der Becker-
Stahl A.G., dass die zurzeit geltenden Angestellten- und Arbeiter-Tarifverträge
(Rahmen, Arbeitszeit und Lohn) für den Fall ihrer Aufkündigung bis zur Dauer
der obigen Werksvereinbarung als Tarifverträge zwischen dem Becker-Stahlwerk
und uns weiter bestehen."

Poensgen erklärte der Presse zu dem Abkommen, dass in der Zwischenzeit
grosse Auslandsaufträge verloren gegangen seien, darunter einer in Höhe von
einer Million und ein anderer, der drei Monate das Rohrwerk beschäftigt hätte.
Deshalb sei es nicht mehr möglich gewesen, auch die Rheinholz-Hütte in Betrieb
zu halten. Mit einem Lob auf den Deutschen Gewerkschaftsbund, einem Selbstlob
auf die soziale Einstellung der Unternehmer und mit Verdächtigungen gegen die
freien Gewerkschaften, die mit der Not der Belegschaft spielten, schloss Poens-
gen seine Ausführungen. -

+ + +

Herr Poensgen hätte sich seinen Angriff gegen die freien Gewerkschaften
sparen können; denn das Abkommen, das jetzt getroffen wurde, bestätigt doch
nur, was die Arbeiterpresse in den letzten Wochen wiederholt betont hat: das
Werk konnte auf Grund des Angebotes der Belegschaft und der Sicherungen, die
sich die Arbeitgeber ausbedungen hatten, ohne viel Risiko zunächst einmal
weiterarbeiten. Die Weitergeltung der Tarifverträge für ein paar Monate brauch-
te nicht förmlich zu einem Casus belli gemacht zu werden. Ähnliche Vorgänge
wie die beim Stahlwerk Becker sind sonst ohne viel Aufsehen und ohne Scharf-
schliessen von beiden Seiten erledigt worden. Die Unternehmer wollten aber mit
Hilfe des Stahlwerk Becker-Falles eine Lohnabbauparole fabrizieren. Das ist
ihnen nicht gelungen. Da die Öffentlichkeit sich zu sehr für die Vorgänge im
Stahlwerk Becker interessierte, wagten sie es schliesslich nicht mehr, trotz
des Angebots der Belegschaft das Willeicher Werk sofort stillzulegen.

SPD. Die Lohnabbaubestrebungen der Bauunternehmer sind abgewehrt. Die Ver-
handlungen vor dem Haupttarifamt, die seit Donnerstag im Reichsarbeitsministe-
rium geführt wurden, gingen am Sonnabend in später Stunde zu Ende. In den
grundsätzlichen Auseinandersetzungen platzten die Meinungen scharf aufeinander.
Die Unparteiischen und schliesslich auch die Unternehmer konnten sich der Be-
weisführung der Arbeitervertreter nicht verschliessen. Infolgedessen wurden
sämtliche Sprüche von Tarifämtern, die auf Lohnabbau lauteten, aufgehoben.
Auch die wehmütigsten Klagen der Unternehmervertreter konnten daran nichts än-
dern. Die bisher geltenden Löhne sind nunmehr in allen Gebieten bis zum 31.
März 1931 gesichert.

Die Bauarbeitergewerkschaften haben damit gegen den Lohnabbauangriff der
Industrie eine bedeutungsvolle Schlacht gewonnen. Der Angriff hatte mit voller
Wucht eingesetzt, die gesamte bürgerliche Presse hat diesen Angriff nach Kräf-
ten unterstützt. An der zielbewussten Abwehr der Bauarbeitergewerkschaften,
denen es im vorigen Jahr auf Grund der damals noch weitaus besseren wirtschaft-
lichen Verhältnisse - auch die Hetze gegen die Arbeitslosenunterstützung der
Bauarbeiter war damals noch nicht so wild wie heute - gelungen war, eine Lohn-
erhöhung herauszuholen, ist der Sturm des Unternehmertums auf die Bauarbeiter-
löhne gescheitert.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die deutsch-österreichischen Handelsverhandlungen, die seit einigen Wochen in Berlin stattgefunden haben, sind 12. April zum Abschluss gebracht worden. Gleichzeitig mit dem Handelsvertrag sind ein Vertrag über die Rechtshilfe in Zollsachen sowie ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr unterzeichnet worden.

SPD. Der Kampf in der Herren- und Damenmassschneiderei hat am Sonnabend nach Ablauf der Erklärungsfrist für den neuen Schiedsspruch dank der festen Haltung der Gewerkschaften mit einem Erfolg für die Schneider geendet. Durch eine Vereinbarung zwischen den Parteien wurden über den zweiten Spruch hinaus sämtliche Löhne von 97 Pfennig und darüber um 3 Pfennig und die Löhne unter 97 Pfennig um 2 Pfennig erhöht, während bisher nur eine Erhöhung um 2, bzw. 1 Pfennig vorgesehen war. Dazu kommt die Abwehr einer ganzen Reihe von Forderungen der Arbeitgeber auf Verschlechterung des Tarifvertrages. Die Sicherungen der Schutzklausel des zweiten Schiedsspruchs (keine Massregelungen, Wiedereinstellung usw.) blieben selbstverständlich bestehen.

Dieser Erfolg hat ziffernmässig nur ein bescheidenes Aussehen. Sein Wert kann jedoch nur unter Berücksichtigung der gesamten Situation und des Verlaufs der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium voll gewürdigt werden. Die Arbeitnehmer hatten den zweiten Schiedsspruch abgelehnt, die Arbeitgeber hatten ihn angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Verbindlichkeitsverhandlungen verliefen ergebnislos. Der Reichsarbeitsminister lehnte die Verbindlichkeitserklärung ab, fügte jedoch seiner Entscheidung eine höchst merkwürdige Begründung hinzu. Er erklärte, die Lohnerhöhung des zweiten Schiedsspruchs sei im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage des Gewerbes angemessen. Er gebe den Arbeitnehmern den Rat, die vorgesehene Lohnerhöhung anzuerkennen. Die Bekleidungsarbeiter blieben jedoch fest, obwohl die Erklärung des Reichsarbeitsministers für die Unternehmer eine mächtige Rückenstärkung bedeutete. Ihre feste und zuversichtliche Haltung zwang die Unternehmer, nachzugeben. Bei den neuen Verhandlungen, die im Anschluss an die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung einsetzten, wichen die Arbeitgeber vor dem Druck der Organisationen zurück, sodass es schliesslich im Wege einer Vereinbarung noch zu einer immerhin recht beachtlichen Verbesserung des zweiten Schiedsspruchs gekommen ist.

Mit der Vereinbarung ist der Streik der Bekleidungsarbeiter erfolgreich abgeschlossen. Die Arbeit wird am Dienstag wieder aufgenommen.

zugrundegelegt.

Das Abkommen hat einen Nachsatz, der von dem Betriebsrat der Angestellten-
Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften unterzeichnet ist, be-
wird. Er lautet: "Vorstehendes Abkommen zwischen der Becker-Stahl A.G. und
der Belegschaft bestätigen wir und vereinbaren gleichzeitig mit der Becker-
Stahl A.G., dass die zurzeit geltenden Angestellten- und Arbeiter-Tarifverträge
(Rahmen, Arbeitszeit und Lohn) für den Fall ihrer Aufkündigung bis zur Dauer
der obigen Werksvereinbarung als Tarifverträge zwischen dem Becker-Stahlwerk
und uns weiter bestehen."

Poensgen erklärte der Presse zu dem Abkommen, dass in der Zwischenzeit
grosse Auslandsaufträge verloren gegangen seien, darunter einer in Höhe von
einer Million und ein anderer, der drei Monate das Rohrwerk beschäftigt hätte.
Deshalb sei es nicht mehr möglich gewesen, auch die Rheinholz-Hütte in Betrieb
zu halten. Mit einem Lob auf den Deutschen Gewerkschaftsbund, einem Selbstlob
auf die soziale Einstellung der Unternehmer und mit Verdächtigungen gegen die
freien Gewerkschaften, die mit der Not der Belegschaft spielten, schloss Poens-
gen seine Ausführungen. -

+ + +

Herr Poensgen hätte sich seinen Angriff gegen die freien Gewerkschaften
sparen können; denn das Abkommen, das jetzt getroffen wurde, bestätigt doch
nur, was die Arbeiterpresse in den letzten Wochen wiederholt betont hat: das
Werk konnte auf Grund des Angebotes der Belegschaft und der Sicherungen, die
sich die Arbeitgeber ausbedungen hatten, ohne viel Risiko zunächst einmal
weiterarbeiten. Die Weitergeltung der Tarifverträge für ein paar Monate brauch-
te nicht förmlich zu einem Casus belli gemacht zu werden. Ähnliche Vorgänge
wie die beim Stahlwerk Becker sind sonst ohne viel Aufsehen und ohne Scharf-
schüssen von beiden Seiten erledigt worden. Die Unternehmer wollten aber mit
Hilfe des Stahlwerk Becker-Falles eine Lohnabbauparole fabrizieren. Das ist
ihnen nicht gelungen. Da die Öffentlichkeit sich zu sehr für die Vorgänge im
Stahlwerk Becker interessierte, wagten sie es schliesslich nicht mehr, trotz
des Angebots der Belegschaft das Willicher Werk sofort stillzulegen.

SPD. Die Lohnabbaubestrebungen der Bauunternehmer sind abgewehrt. Die Ver-
handlungen vor dem Haupttarifamt, die seit Donnerstag im Reichsarbeitsministe-
rium geführt wurden, gingen am Sonnabend in später Stunde zu Ende. In den
grundsätzlichen Auseinandersetzungen platzten die Meinungen scharf aufeinander.
Die Unparteiischen und schliesslich auch die Unternehmer konnten sich der Be-
weisführung der Arbeitervertreter nicht verschliessen. Infolgedessen wurden
sämtliche Sprüche von Tarifämtern, die auf Lohnabbau lauteten, aufgehoben.
Auch die wehmütigsten Klagen der Unternehmervtreter konnten daran nichts än-
dern. Die bisher geltenden Löhne sind nunmehr in allen Gebieten bis zum 31.
März 1931 gesichert.

Die Bauarbeitergewerkschaften haben damit gegen den Lohnabbauangriff der
Industrie eine bedeutungsvolle Schlacht gewonnen. Der Angriff hatte mit voller
Wucht eingesetzt, die gesamte bürgerliche Presse hat diesen Angriff nach Kräf-
ten unterstützt. An der zielbewussten Abwehr der Bauarbeitergewerkschaften,
denen es im vorigen Jahr auf Grund der damals noch weitaus besseren wirtschaft-
lichen Verhältnisse - auch die Hetze gegen die Arbeitslosenunterstützung der
Bauarbeiter war damals noch nicht so wild wie heute - gelungen war, eine Lohn-
erhöhung herauszuholen, ist der Sturm des Unternehmertums auf die Bauarbeiter-
löhne gescheitert.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die deutsch-österreichischen Handelsvertrag
verhandlungen, die seit einigen Wochen in Berlin stattgefunden haben, sind am
12. April zum Abschluss gebracht worden. Gleichzeitig mit dem Handelsvertrag
sind ein Vertrag über die Rechtshilfe in Zollsachen sowie ein Abkommen über
den kleinen Grenzverkehr unterzeichnet worden.

SPD. Der Kampf in der Herren- und Damenmassschneiderei hat am Sonnabend
nach Ablauf der Erklärungsfrist für den neuen Schiedsspruch dank der festen
Haltung der Gewerkschaften mit einem Erfolg für die Schneider geendet. Durch
eine Vereinbarung zwischen den Parteien wurden über den zweiten Spruch hinaus
sämtliche Löhne von 97 Pfennig und darüber um 3 Pfennig und die Löhne unter
97 Pfennig um 2 Pfennig erhöht, während bisher nur eine Erhöhung um 2, bzw.
1 Pfennig vorgesehen war. Dazu kommt die Abwehr einer ganzen Reihe von For-
derungen der Arbeitgeber auf Verschlechterung des Tarifvertrages. Die Sicherun-
gen der Schutzklausel des zweiten Schiedsspruchs (keine Massregelungen, Wie-
dereinstellung usw.) blieben selbstverständlich bestehen.

Dieser Erfolg hat ziffernmässig nur ein bescheidenes Aussehen. Sein Wert
kann jedoch nur unter Berücksichtigung der gesamten Situation und des Verlaufs
der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium voll gewürdigt werden. Die Ar-
beitnehmer hatten den zweiten Schiedsspruch abgelehnt, die Arbeitgeber hatten
ihn angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Verbindlich-
keitsverhandlungen verliefen ergebnislos. Der Reichsarbeitsminister lehnte die
Verbindlichkeitserklärung ab, fügte jedoch seiner Entscheidung eine höchst merk-
würdige Begründung hinzu. Er erklärte, die Lohnerhöhung des zweiten Schieds-
spruchs sei im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage des Gewerbes angemessen.
Er gebe den Arbeitnehmern den Rat, die vorgesehene Lohnerhöhung anzuerkennen.
Die Bekleidungsarbeiter blieben jedoch fest, obwohl die Erklärung des Reichs-
arbeitsministers für die Unternehmer eine mächtige Rückenstärkung bedeutete.
Ihre feste und zuversichtliche Haltung zwang die Unternehmer, nachzugeben.
Bei den neuen Verhandlungen, die im Anschluss an die Ablehnung der Verbind-
lichkeitserklärung einsetzten, wichen die Arbeitgeber vor dem Druck der Orga-
nisationen zurück, sodass es schliesslich im Wege einer Vereinbarung noch zu
einer immerhin recht beachtlichen Verbesserung des zweiten Schiedsspruchs ge-
kommen ist.

Mit der Vereinbarung ist der Streik der Bekleidungsarbeiter erfolgreich
abgeschlossen. Die Arbeit wird am Dienstag wieder aufgenommen.

"Aus aller Welt"

Pariser Alltagstragödie.

Ein "kleiner" Fall unter kleinen Leuten.

SPD. "Nono de la Java" heisst sie, die kleine hübsche Kokotte, die weinend im Schwurgerichtssaal vor einem ihrer Opfer steht und es um Verzeihung bittet. Weshalb die Bitte? Warum die Reue? Um Nonos willen hat der junge Angeklagte, den das Gericht zu 8 Jahren Zwangsarbeit in einer Kolonie verurteilt, seinen Rivalen erschossen. Alfons Alphonse Boband heisst der so schwer verurteilte Täter, ein Zuschneider, der sich auf einem Ball in Nono verliebte. Er wollte die Geliebte bald heiraten, erfuhr jedoch eines Tages den wahren und nicht ganz im Sinne seiner bürgerlichen Ideale liegenden Beruf seiner Geliebten. Ausserdem wurde ihm hinterbracht, dass sie ein festes Verhältnis mit einem Bäckerge- sellen unterhalte.

Der Betrogene wollte sich schon einmal aus Liebesgram töten. Die Kugel ging damals fehl, das weiche Gemüt und die leicht verletzbare Liebeseitelkeit blieben. Auch diesmal war Alphonse rasch dabei, wieder den Revolver einzu- stecken. Er suchte Nono in ihrer Wohnung auf. Die Geliebte liess ihn nicht hinein - wusste sie, dass der andere Freund beide überraschen könnte? Wie dem auch sei: als Alphonse sich eben anschickte, die Treppe wieder hinunterzusteigen, kam der verhasste Bäcker ihm entgegen, begriff, was vorging, und verhöhnte den Abgewiesenen. Da krachten die Schüsse - - tödlich getroffen sank der Bäk- kergeselle zu Boden. Sein letzter Ruf: "Jetzt ist alles aus, Nono!"

Mit dem Urteil auf 8 Jahre Zwangsarbeit in einer Kolonie fällt der Vor- hang über einer der täglichen Liebestragödien der kleinen Leute in Paris. Es geht da anders zu als bei kriminellen Irrungen im Kreis der oberen Zehntau- send. Kein berühmter Verteidiger ergreift das pathetische Wort, keine medizi- nischen Sachverständigen treten auf, kein kostspieliger Apparat funktioniert, der vorher die Presse in Bewegung gesetzt und der Öffentlichkeit Tränen ent- lockt hätte. Ein kleiner Fall unter kleinen Leuten. Nono wird, um allem Gerede zu entgehen, in ein anderes Stadtviertel ziehen, und ihr Gewerbe weiter betrei- ben, Boband nach Guyana oder in eine andere Strafkolonie übergeführt werden und dort wahrscheinlich am Fieber verenden, auf der Flucht erschossen werden oder, beim Versuch, der Freiheit entgegen-zuschwimmen, ertrinken, wenn ihn nicht gar ein Haifisch schnappt.

+ + +
Beim Wildern zum Mörder geworden. Zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilte das Koblenzer Schwurgericht den 23jährigen Arbeiter Kronz aus Ober-Mendig bei Mayen (Hunsrück). Der Angeklagte hatte einen Polizei- wachmeister, der ihn beim Wildern überraschte, niedergeschossen.

+ + +
Sechs Pfennige - Konkursmasse. Die Anwesenden einer Gläubigerversammlung in Kassel waren nicht wenig überrascht, als ihnen mitgeteilt wurde, dass die elektrotechnische Firma, an deren Inhaber sie Forderungen von insgesamt 70 000 Mark stellten, mit einer Konkursmasse von ganzen sechs Pfennigen auf- warten würde.

+ + +
Polarreise per Motorrad. Der norwegische Polarforscher Major Trygve Gran plant das Gebiet des Südpols mit dem Motorrad zu durchqueren. Von der Ostseite des Rossmeeres aus soll die Strecke westlich von Scotts und Shackle-

tons Marschroute führen. Die Expedition soll aus vier Motorrädern bestehen. An jedem Rad wird für den Transport von Proviant und Ausrüstung seitlich ein Schlitten befestigt werden. Vorübungen für die Reise, bei der täglich 150 bis 200 Kilometer zurückgelegt werden sollen, will Tryggve Gran mit seinen Kameraden im Herbst im nordischen Hochgebirge vornehmen.

+ + +

Das Rebellenleben an Bord des "Falken". Am vierten Verhandlungstag im Falkeprozess richtet Rechtsanwalt Alsberg einen scharfen Appell an die Prozessleitung hinsichtlich der Methode der Zeugenvernehmung. Dann sagt der dritte Maschinist Riesebeck über die Zustände an Bord und über die Fahrt des Dampfers ab Gdingen aus. Er bekundet, dass bei der Abfahrt von einer Filmexpedition die Rede gewesen sein soll. Erst hinter der Halbinsel Hela sei ihm klar geworden, dass es sich um einen Waffentransport handele. Auffällig wäre auch gewesen, dass der Dampfer, um den englischen Kanal zu erreichen, nicht durch den Kaiser Wilhelm-Kanal gefahren wäre, sondern oberhalb Jütlands das Skaggerak passiert hätte. Nachdem das Schiff den Aermelkanal hinter sich gehabt hätte, sei von den venezulanischen Rebellen an Bord ein Scheibenschiessen nach Kognakflaschen veranstaltet worden. Beim Anblick der Küste von Venezuela wäre General Del Gado zähneknirschend und in kriegerischer Stimmung auf Deck auf und ab gegangen. Voller Kriegsbegeisterung habe er mit dem Degen so wild um sich gehauen, dass die Holzsplitter nur so herum geflogen seien.

Der Bootsmann Dietz bekundet, dass der Kapitän über das Reiseziel jede Aussage verweigert habe. "Das geht Sie gar nichts an" wäre die Antwort Zipp litt auf eine entsprechende Frage des Zeugen gewesen. Er (Dietz) sei es auch gewesen, der an Bord die venezulanische Flagge habe hissen und die eigentliche Armierung habe durchführen müssen. Er habe sich anfangs geweigert, die Maschinengewehre an die Reeling zu stellen, worauf ihn vier venezuelanische Offiziere hierzu gezwungen hätten. Er habe überhaupt nicht gewusst, wozu alles das geschah. Er habe sich lediglich durch Geldversprechungen, die später nicht erfüllt worden seien, zur Mitwirkung verleiten lassen. Im Hafen von Cumana wäre er nicht von Bord gegangen. Als während des Gefechtes die zurückgebliebene Mannschaft die restlichen Waffen habe versenken wollen, habe Kapitän Zipp litt erwogen, die Waffen an die Regierung in Venezuela zu verkaufen, um so ein doppeltes Geschäft zu machen. - Dr. Alsberg wirft dem Zeugen Dietz vor, dass er in der Voruntersuchung etwas ganz anderes ausgesagt habe.

+ + +

Cambridge hat gesiegt. Abermals hat die Mannschaft der Universität Cambridge, die am Sonnabend gegen die Mannschaft der Universität Oxford das 82. ihrer berühmten Bootesrennen auf der Themse ausfuhr, mit zwei Längen den Sieg davongetragen. Die 7 Kilometer lange Strecke wurde in 19 Minuten 15 Sekunden durchrudert. Zehntausende säumten in Spannung und Sportbegeisterung die Ufer vom Start bis zum Ziel.

+ + +

Aus Irrtum die Grossmutter entführt. In dem südslawischen Dorfe Rost Ristowatz haben drei Brüder, von denen sich der eine in ein hübsches Mädchen verliebt hatte, die Grossmutter des jungen Mädchens entführt. Warum die Grossmutter? Aus Irrtum. Die Alte hatte sich mit Händen und Füßen gegen den auf Kruna zielenden Heiratsantrag des jungen Burschen gewährt. Der junge Mann und seine beiden Brüder wussten sich nur mit einer Entführung zu helfen. Die Lichtverhältnisse waren zur Nachtstunde des tragikomischen Verbrechens jedoch so ungünstig, dass die Brüder, als sie durch die Fenster in die Wohnung der Frauen eindringen, sich gründlich vergriffen. Sie "eroberten" die erste schlafende Person, die sich ihren mädchenlüsteren Händen bot. Aber es war nicht die Angebetete, sondern die Grossmutter; das merkten die Frauenräuber erst später, als sie das Opfer in eine Decke hüllten, um Hilfeschreie zu ersticken. Man warf sich mit dem Raub in einen in der Nähe wartenden Wagen. Die Pferde galoppierten was das Zeug hielt, und bald hatte man ein sorgfältig ausgewähltes Ver-

steck erreicht. Ueberraschung und Aerger waren gleich unbeschreiblich, als die Burschen den Raub aus der Decke pellten und den argen Missgriff, den sie getan hatten, feststellten. In verständlicher Wut fielen die Burschen über die zeternde Alte her, verabreichten ihr eine Tracht Prügel und jagten sie davon. Die drei Brüder werden sich nunmehr vor Gericht zu verantworten haben.

Gesindel. Bei Bonn fuhr ein Sportauto in der Nähe des Nordfriedhofs gegen einen Baum; zwei der Insassen wurden auf der Stelle getötet. Kurz nach dem Unfall machten sich Diebe an dem Wagen zu schaffen. Sie stahlen u.a. die Wagenhaube und die Lichtbatterien.

Frankreichs Bevölkerungsrückgang. In Frankreich wurden im Jahre 1929 : 333 441 Ehen geschlossen gegen 339 014 des Vorjahres. Geschieden wurden 19 353 Ehen (18 882 im Jahre 1928). Lebende Kinder kamen 728 541 zur Welt gegen 745 335 im Jahre 1928. Vor der Erreichung des ersten Lebensjahres sind 69 401 Säuglinge gestorben gegen 68 100 im Jahre 1928. Insgesamt starben 741 104 Menschen im Jahre 1929 gegen 675 110 im Vorjahre. 27 812 Kinder wurden totgeboren. Selbst ohne diese Totgeborenen ergibt das Jahr 1929 ein Ueberwiegen der Todesfälle gegenüber den Geburten um 12 564 Personen. Prozentual entfallen somit im Jahre 1929 auf je 10 000 Einwohner 180 Tote und 177 Neugeborene.

Fussballerlebnis per Telephon. Auf Wunsch eines grossen Schweizer Fussballvereins stellte sich die schweizerische Telephonverwaltung kürzlich zum ersten Mal in den Dienst der Uebermittlung des Verkaufs eines grossen Fussballwettspiels an die daheimgebliebenen Mitglieder des Vereins. Der per Telephon zu übertragende Kampf fand im Züricher Stadion statt. Der an dem Kampf beteiligte Fussballverein Lugano vereinbarte mit der Telephonverwaltung die Benutzung einer Drahtverbindung vom Stadion Zürich bis zu seinem Klubhaus in Lugano. Ein Beobachter des Fussballwettspiels fungierte als Reporter. Er erzählte den Verlauf des Kampfes in das vor ihm auf dem Stadion aufgestellte Telephon. Im Klubhaus in Lugano wurden seine Worte durch einen an die Leitung angeschlossenen Lautsprecher so verstärkt, dass sie jeder Anwesende deutlich vernehmen konnte. So erlebten sämtliche Mitglieder des Vereins den Kampf ihrer Kollegen mit. Die Schweizer Telephonverwaltung ist von dem Versuch sehr befriedigt und will künftig nach Möglichkeit öfters Leitungen zur Uebertragung von sportlichen Kämpfen zur Verfügung stellen.

Raubüberfall in Köln. Einem Kölner Kassenboten wurde, während er in einem Zigarrengeschäft eine Besorgung machte, das Fahrrad entwendet, an dessen Rahmen eine Tasche hing, die die Summe von 10 000 Mark in Geldscheinen enthielt. Der Dieb fuhr mit dem Fahrrad davon und schwang sich nach kurzer Zeit mit der Geldtasche in ein Auto.

Die Bombenwerfer des nächsten Krieges. Nach einer Meldung der "Daily Mail" unternimmt die englische Luftflotte Versuche mit unbemannten Flugzeugen, die mit Fernsteuerung ausgerüstet und zu Bombenwerfern ausgebaut werden sollen. In den unbemannt fliegenden Maschinen soll durch den Ablauf eines Uhrwerkes die Fernsteuerung nach bestimmter Zeit abgeschaltet und das Flugzeug zum Absturz gebracht werden. Ausserdem weiss die "Daily Mail" zu berichten, dass man sich in England z. Zt. mit der Konstruktion eines Apparates beschäftigt, der in der Lage sein soll, Befehle an den Mechanismus des Flugzeuges zu übertragen. Es wird hierbei eine gemäss den meteorologischen Bedingungen vor dem Flug gestanzte Rolle verwendet.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Ein hoffnungsloser Fall.

Demokraten und Arbeitslosenversicherung.

SPD. Es geht toll zu im Regierungslager. Jeder macht dort anscheinend Politik auf eigene Faust. Von der "kraftvollen und zielbewussten Führung", die das Kabinett Brüning bringen sollte, nicht eine Spur! Unter den Koalitionsgenossen fällt einer dem andern in den Rücken. Der neue Reichsarbeitsminister wird entzückt gewesen sein, als er am Sonnabend den "Arbeitslosen-Reform"-Artikel des Berliner Tageblatts zu Gesicht bekam, dessen scharfer Angriff gegen die Arbeitslosenversicherung für Stegerwald geradezu einen Dolchstoß bedeuten muss. Von Querverbindungen macht man nichts, wohl aber von Quertreibereien.

Der Angriffsartikel des Berliner Tageblatts stammt von einem Anonymus, allem Anschein nach aber von einer Persönlichkeit, die aus Quellen schöpfen kann. Umso begreiflicher ist die Gehässigkeit und Stupidität der Beweisführung. Der anonyme Verfasser hat sich die Bauarbeiter aufs Korn genommen, die er förmlich als Räuber der Arbeitslosenschutzgelder charakterisiert. Seine Anklage lautet: Die Bauarbeiter verdienen im Sommer grosse Saisonlöhne, trotzdem lassen sie sich im Winter von den Beitrags Groschen schlechterentlohnter vergleichbarer Facharbeiter anderer Berufe in der Zeit der Arbeitslosigkeit durchfüttern. Im vorigen Jahre habe der tarifliche Mindestlohn für Bauarbeiter in Berlin 1,50 Mark die Stunde betragen. Ein Bauarbeiter, der also nur 200 Tage im Vorjahr gearbeitet habe, habe einen Lohn bezogen von 200 mal 12 Mark täglich = 2 400 Mark. Ein solcher Bauarbeiter, der 100 Arbeitstage saisonarbeitslos gewesen sei, habe aus der Arbeitslosenversicherung durchschnittlich etwa 320 Mark für die vier Monate seiner Saisonarbeitslosigkeit erhalten, während das, was er gemeinsam mit seinem Arbeitgeber bei einem Lohn von 2400 Mark und einem Beitragssatz von $3\frac{1}{2}\%$ während der 200 Arbeitstage eingezahlt habe, nur einen Betrag von rund 84 Mark ausmache, die er selbst nur zur Hälfte, also mit 42 Mark, trage.

Der grosse Mathematiker hat keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen. Weiss er nicht, dass die Berliner Bauarbeiterlöhne keineswegs verallgemeinert werden dürfen? Weiss er noch nicht, dass im letzten Jahr tausende und aber tausende von Bauarbeitern nicht einmal 26 Wochen Beschäftigung und damit nicht die Anwartschaftszeit für die Arbeitslosenversicherung zusammengebracht haben? Die Bauarbeiter wären glücklich, wenn sie 200 Arbeitstage aufweisen könnten. Weiss er nicht, dass ein sehr grosser Teil von Bauarbeitern wochenlang auswärts arbeiten und infolgedessen zwei Haushalte führen muss, die viel Geld verschlingen? Weiss man in demokratischen Kreisen nichts mehr davon, dass im vorigen Jahr in der Sachverständigenkommission die Saisonarbeiterfrage bis zum Erbrechen durchgekaut worden ist und dass für die Saisonarbeiterunterstützung eine Sonderregelung durch die Novelle vom 12. Oktober 1929 geschaffen wurde? Durch diese Sonderregelung wurden die Unterstützungssätze für die Saisonarbeiter wesentlich herabgesetzt. Die Unterstützung wurde an den Lohnsatz des Unterstützungsortes (nicht des Arbeitsortes) angepasst. Für Leute, die zum erstenmal die Unterstützung in Anspruch nehmen, wurde die Anwartschaftszeit auf 1 Jahr verlängert. Das alles war bereits eine Senkung der Unterstützungsleistung für die Saisonarbeiter. In der Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit be-

kommt ein Bauarbeiter mit Frau und zwei Kindern nur rund 20 Mark Unterstützung pro Woche. Kann er damit etwa grosse Sprünge machen?

Das ganze Gerede, dass die Bauarbeiter auf Kosten der Reichsanstalt leben, hat eben überhaupt keinen Sinn; denn entscheidend kann für die Arbeitslosenversicherung immer nur der Tatbestand der Arbeitslosigkeit bleiben. Den Bauarbeiter kann man nicht dafür büssen lassen, wenn jetzt z.B. infolge der Schacht'schen Kreditpolitik der Baumarkt noch immer darniederliegt, wenn die gesamte Bauarbeit nicht genügend über das ganze Jahr verteilt wird, obwohl man heute bereits ebenso gut im Winter wie im Sommer bauen kann. Der Bauarbeiter will arbeiten im Sommer wie im Winter. Er kann nichts dafür, dass im Gegensatz zu früheren Zeiten für ihn im Winter weder bei den Brauereien noch in den Zuckfabriken noch in den Forsten oder sonstwo irgendeine Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist, wie sie früher noch in vielen Fällen vorhanden war. Es ist ja gar nicht wahr, dass der Bauarbeiter, solange die Welt besteht, stets im Winter auf der Ofenbank gelegen und von dem Überverdienst des Sommers gelebt hat. Nur Ignoranten, die von den wirklichen Verhältnissen keine Ahnung haben, können auf solche Hirngespinnste verfallen.

Der Herr Anonymus des Berliner Tageblatts ist ein solcher Ignorant. Das zeigen auch seine Behauptungen über die Verschwendungspolitik in der Verwaltung der Reichsanstalt. Der gute Mann besitzt die Kühnheit, zu erklären, dass frühere kommunale Arbeitslosenunterstützungsapparat billiger gearbeitet habe, als die Reichsanstalt. Dieser Unsinn ist schon dutzendmal durch amtliche Darlegungen widerlegt worden. Man geniert sich fast, zu diesem Unsinn noch einmal Stellung zu nehmen. Es ist grotesk, die kommunalen Arbeitsnachweise mit den neuen Arbeitsämtern, die grössere Aufgaben zu erfüllen haben, zu vergleichen. Wenn die Verwaltungsstellen mehr Geld brauchen und fordern, - was sie übrigens noch lange nicht alles bewilligt bekommen haben - so muss man auch bedenken, dass der Verwaltungsapparat bei dem Aufbau der Arbeitslosenversicherung ausserordentlich knapp aufgezogen worden ist und dass damals noch nicht eine Million, im letzten Winter aber rund 2½ Millionen Unterstützte zu betreuen waren.

Der neue Angriff gegen die Arbeitslosenversicherung, zu dessen Unterstützung sich das Berliner Tageblatt hergibt, zielt - das ist ganz deutlich zu erkennen - auf Verwirrung und Zersplitterung der Arbeiterschaft. Man will einen Teil der Arbeiter gegen die anderen aufhetzen. Daher immer wieder der Versuch, mit Privatversicherungsmathematik an die Arbeitslosenversicherung heranzukommen. Der grosse Gedanke der Solidarhaftung der Sozialversicherten untereinander ist den Gegnern des Arbeitslosenschutzes ein Buch mit sieben Siegeln. Bald putscht man die besser bezahlten Angestellten auf und flüstert ihnen ein, sie seien dumme Teufel, denn sie zahlten für die ungelerten Arbeiter, die öfter arbeitslos werden, die Unterstützung. Bald putscht man die schlechter bezahlten Arbeitergruppen gegen die angeblich riesenhaft entlohnten Bauarbeiter auf. Die ahnungslosen und deswegen stupiden Hetzer wissen nichts davon, dass an anderer Stelle auch umgekehrt hochentlohnte Arbeitergruppen die schlechter entlohnten mit durchhalten, z.B. in der Krankenversicherung, weil natürlich eine Blinddarmoperation für einen armen Teufel ebenso viel kostet wie für einen besser bezahlten Facharbeiter.

Man sieht: die Debatte über die Arbeitslosenversicherung ist hoffnungslos. Die Gegner eines wirklich sozialen und deshalb solidarisch aufgebauten Arbeitslosenschutzes haben von dem Geist der Sozialpolitik der Arbeiterschaft noch immer keinen Hauch verspürt. Nur ab und zu halten sie es für angebracht, nicht ihr wahres Gesicht zu zeigen. Daher kommt es, dass z.B. dasselbe Berliner Tageblatt noch vor etwa 3 Wochen aus der Feder seines Chefredakteurs einen Artikel für die Arbeitslosen und jetzt, nachdem das Kabinett Müller durch das Kabinett Brüning abgelöst worden ist, einen gegen die Arbeitslosen gebracht hat.

SPD. Der vor kurzem gefällte Schiedsspruch zur Neuregelung des Reichsmantelvertrages der feinkeramischen Industrie ist bis jetzt noch nicht für verbindlich erklärt worden. Die Verbindlichkeitsverhandlungen, die von den Arbeitgebern beantragt worden waren, gingen ergebnislos aus. Dadurch sind neue Gefahren für den Wirtschaftsfrieden entstanden. Allem Anschein nach soll die Arbeiterschaft infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer sich ihre Vertragsrechte aus eigener Kraft sichern. Noch haben die Arbeitnehmer die Hoffnung nicht aufgegeben, dass die Verbindlichkeit ohne ernste Auseinandersetzungen ausgesprochen wird. Die Arbeiter der feinkeramischen Industrie sind aber nicht willens, auf langjährige Rechte, die die Unternehmer bisher stets ohne Schaden tragen konnten, zu verzichten.

Die Haltung der Unternehmer ist umso verwunderlicher, als sie seit 1924 bei 16 gefällten Schiedssprüchen achtmal die Verbindlichkeit beantragten und ihr auch stattgegeben wurde, die Arbeitnehmer dagegen nur 2 mal.

SPD. Die Verhandlungen über die Arbeitszeitordnung im Ruhrbergbau, die am 14. und 15. April stattfinden sollten, sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

SPD. Für deutsche Arbeiter haben die Agrarier nichts übrig; sie beschäftigen lieber Polen. Wenn es an ihren Geldbeutel geht, dann können ihnen im Betrieb genau wie bei den Zollverhandlungen im Reichstag die nationalen Belange gestohlen bleiben. Sie erklären jetzt ganz offen, dass sie lieber Polen beschäftigen - auch dann, wenn die von ihnen entlassenen deutschen Arbeitskräfte zu ihrer vollen Zufriedenheit gearbeitet haben. So hat die Fürstlich-Schaumburg-Lippische Gutsverwaltung Baumgarten (Post- und Bahnstation Grabowhöfe in Mecklenburg) 16 deutsche qualifizierte Landarbeiter entlassen und dafür entgegen den Richtlinien der Reichsanstalt 12 polnische Landarbeiter zugesprochen erhalten. Den Entlassenen bescheinigte die Gutsverwaltung ausdrücklich, dass sie die ihnen übertragene Arbeit zur vollen Zufriedenheit des Arbeitgebers verrichtet und während der ganzen Dauer der Beschäftigung nie zu einer Beanstandung Anlass gegeben haben. Die Entlassung wurde von der Gutsverwaltung wörtlich folgendermassen begründet: "Da wir ausgedehnten Zuckerrübenbau betreiben, stehen uns genügend polnische Arbeitskräfte zur Verfügung, so dass wir ausser Tagelöhnern keine deutschen Schnitter beschäftigen."

Die 16 entlassenen Arbeiter irrten wochenlang in Deutschland umher und einige fanden erst nach langem Suchen wieder eine Arbeitsstelle im Westen. So sind die agrarischen Patentpatrioten: sie entlassen tüchtige deutsche Arbeitskräfte ohne Grund und jammern dann über die Landflucht der Arbeiter und die Lasten der Arbeitslosenversicherung.

SPD. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab) hat im vergangenen Jahr für seine Mitglieder ansehnliche Rechtsschutzerfolge erkämpft. Sie bestehen in rund 1,3 Millionen Mark an ausstehenden Gehältern, Provisionen usw., und 10 mit Erfolg zur Abwehr von Freiheits- bzw. Geldstrafen durchgeführten Strafverfahren. Von 1924 bis 1929 hat der Bund über 5 1/2 Millionen Mark an vorenthaltenen Gehältern und Provisionen für seine Mitglieder herausgeholt.



Geschenke an das Ausland.

SPD. Die deutsche Regierung, die in der fürchterlichsten Finanzmisere steckt, verschenkt jährlich Hunderte von Millionen, zum Teil an das Ausland. Wenn es nach den Plänen der Grünen Front und nach dem Willen des Reichsernährungsministers geht, sollen in Zukunft noch grössere Summen verschenkt und verschleudert werden.

Diese Geschenke hängen mit dem falschen Kurs in der deutschen Agrarpolitik zusammen. Wir sichern unseren Zuckerrübenbau durch eine Zuckerpreisregelung. Die deutsche Zuckererzeugung übersteigt aber den inländischen Bedarf. Anstatt nun die überschüssigen Rüben zu verfüttern, wird die den Bedarf übersteigende Zuckererzeugung ins Ausland zu Preisen verkauft, die kaum die Verarbeitungskosten decken. Die deutschen Zuckerrüben werden so regelrecht verschenkt. Die in diesem Jahr für derartige Geschenke aufgewandten Kosten dürften rund 80 Millionen Mark betragen. Weiter haben wir ein Branntweinmonopol, das den Hauptzweck hat, der ostelbischen Grosslandwirtschaft Geschenke zuzuführen. Die deutsche Branntweinerzeugung ist weit grösser als der für Trinkzwecke benötigte Bedarf. Im Vorjahr mussten 1 700 000 Hektoliter Branntwein für technische Zwecke, also als Auto- und Motorbetriebsstoff, verkauft werden. Die dafür erzielten Preise bedeuteten für die Staatskasse einen Verlust von 50 Mark pro Hektoliter. Für diese Zwecke gibt das Reich jährlich etwa 60 bis 80 Millionen Mark aus. Vor einigen Tagen ist auch beschlossen worden, die Verlustverkäufe in Zukunft zu steigern, was der Steuerkasse abermals ungezählte Millionen kosten wird. Ein System von fortdauernden Geschenken ist auch die Einfuhrscheinregelung, die eine Ergänzung des deutschen Zollsystems darstellt. Einfuhrscheine sind Exportprämien, die für die Ausfuhr von Roggen, Hafer, Gerste, Weizen, Hülsenfrüchte, Schweine usw. gewährt werden. Man will dadurch erreichen, dass die deutsche Landwirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrieren kann, obwohl die deutschen Agrarpreise über Weltmarktsstand liegen. Die in Deutschland nicht verwendbaren Überschüsse sollen so im Ausland abgesetzt werden. Das ist ein sehr teurer Luxus. Die im Jahre 1928 gewährten Exportprämien hatten einen Wert von:

Roggen	21 131 000	Mark
Weizen	17 971 000	"
Hafer	17 572 000	"
Diverses	4 171 000	"
	<u>60 845 000</u>	Mark

Im Jahre 1929 dürften die Aufwendungen für Einfuhrscheine nahezu 80 Millionen Mark erreicht haben. Nicht die ganze Höhe der Einfuhrscheine ist allerdings als reine Exportprämie anzusprechen, weil teilweise den mit Einfuhrscheinen exportierten Getreidemengen eingeführte Getreidemengen mit entsprechenden Zolleinnahmen gegenüberstehen, so dass ein Teil der Einfuhrscheine gegen entsprechende Zolleinnahmen aufgerechnet werden kann. Mindestens 60 bis 70 % der Einfuhrscheine haben jedoch ausgesprochen den Zweck, Schleuderverkäufe zu fördern.

Unter der Regierung Hermann Müller hat die Sozialdemokratie sich auf das schärfste gegen die von den bürgerlichen Parteien immer wieder angestrebte Erhöhung der Einfuhrscheine gewehrt. Dem Einfluss der Sozialdemokratie ist es zu

verdanken, dass in der Zeit der Koalitionsregierung die Exportprämien nicht erhöht wurden. Die Sozialdemokratie hat mit aller Energie darauf bestanden, dass der Unfug des sinnlosen Exportdumpings nicht weiter verschärft wird. Die Regierung Brüning-Schiele fordert jedoch weitgehende Vollmachten, um nach Belieben die Exportprämien so lange erhöhen zu können, bis auch bei hohem deutschen Preisstand und niedrigstem Weltmarktpreisstand landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert werden können. Das Einfuhrscheinsystem soll über den bisherigen Rahmen hinaus auf die Ausfuhr von Rindern und Rindfleisch ausgedehnt werden, obwohl Deutschland an Rindfleisch keinen Überfluss hat, sondern sogar ausgesprochenes Zuschussgebiet ist. Dasselbe gilt für Schafe, nur mit dem Unterschied, dass eine verhältnismässig grosse Anzahl von Schafen für Zuchtzwecke in den letzten Jahren nach Russland ausgeführt wurden, wofür die Landwirtschaft wie sie selbst wiederholt betonte, ausgezeichnete Preise erzielte. Es ist unerhört, dass zur weiteren Steigerung dieses Exports noch Exportprämien aus der Reichskasse bezahlt werden sollen. Dasselbe trifft für Kartoffelerzeugnisse zu.

Zwar sollen die Aufwendungen für Einfuhrscheine nicht über die im Jahre 1929 gezahlten Exportprämien hinaus gehen; es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, dass die für die Einfuhrscheine notwendigen Mittel nachbewilligt werden, wenn die jetzt zur Verfügung stehenden Summen erschöpft sind. Denn für Exportschleuderei werden unter der Regierung Brüning-Schiele immer Mittel vorhanden sein, weil wir ja ein reiches Volk sind, und weil wir keine Arbeitslosen haben deren Unterstützung nicht sichergestellt wäre!

Das Ausland ist allerdings für diese Geschenke nicht einmal dankbar, sondern in den skandinavischen Ländern machen sich grosse Protestbewegungen gegen die deutsche Exportschleuderei bemerkbar. Südafrika hat bereits wegen des deutschen Zuckerdumpings besondere Zölle gegen die Zuckereinfuhr aus Deutschland eingeführt. Dankbar wird aber, insbesondere für das Einfuhrscheinsystem nach dem System Schiele, der deutsche Handel sein, dem besonders bei dem zu erwartenden Wechsel in der Einfuhrscheinhöhe (die ja nicht mehr starr gehalten, sondern nach Belieben der Regierung variiert werden soll) glänzende Spekulationsmöglichkeiten in die Hand gegeben werden.

SPD. Auch das Rumpfunternehmen des früheren Stinneskonzerns, der Mühlheimer Bergwerks-Verein, hat in der Kohlenkonjunktur sein Schäflein ins Trockene bringen können. So stieg der Gesamtumsatz von 31,5 auf 33,2 Millionen Mark, während die Belegschaft sich von 6 875 auf 6 337 Mann (um 9 %) verringerte. Die Kohlenförderung ist mit 2,17 gegen 2,11 Millionen Tonnen verhältnismässig unwesentlich erhöht, dagegen ist die Brikettfabrikation um mehr als 30 % auf 327 000 Tonnen gestiegen. Der Stromabsatz ist von 83,2 auf 91,4 Millionen Kilowattstunden angewachsen.

Nach der Gewinn- und Verlustrechnung ist der Überschuss aus der Interessengemeinschaft mit der Zeche Matthias Stinnes auf 1,74 gegen 1,48 Millionen Mark erhöht, sodass auch die Dividende von 7 auf 8 % heraufgesetzt wird.

SPD. Die Phönix A.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Düsseldorf, einer der Gründungsgesellschaften des Ruhrtrusts, zahlt für das verflossene Geschäftsjahr wieder 6,5 %. Im Rahmen der Umgruppierung in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie hat der Phönix eine besondere Rolle gespielt und man nimmt vielfach an, dass der Beherrscher des Phönix Otto Wolff mit seinen Hintermännern stärksten Einfluss auf den Ruhrtrust erhalten hat. Die Phönixbilanz, bis zum höchsten Grade undurchsichtig, gibt natürlich auch darüber keine Auskunft. Unter den Schuldnern marschieren verschiedene Konten beim Ruhrtrust in Höhe von 26,59 Millionen Mark gegenüber 27,56 Millionen Mark im Vorjahr auf. Das

Konto Wertpapiere und Beteiligungen erhöhte sich von 226,11 auf 228,13 Millionen Mark. In dieser Erhöhung dürfte, natürlich bei der bekannten vorsichtigen Bewertung, die Machterweiterung des Phönix auf den Ruhrtrust (Aktienzukauf) zum Ausdruck kommen.

SPD. Am Sonnabend ist der neue Feinblechverband gegründet worden. Die Verkaufsbestimmungen treten sofort in Kraft, gelten aber nur für das Inland. Der neue Verband stellt ein regelrechtes Monopol dar, das sich vor allem auf einen übersteigerten Zollschutz stützt. Ausschlaggebend in der neuen Gründung ist der rheinisch-westfälische Grossindustrielle Otto Wolff.

SPD. Der Statistiker des Deutschen Städtetages Dr. Meyer kommt in einem Artikel über die Getränkesteuer in dem Steuersystem Deutschlands, Frankreichs und Grossbritanniens zu folgenden Feststellungen :

"Aus einem Vergleich des besteuerten Getränkekonsums von 1927 je Kopf der Bevölkerung ergibt sich, dass für Wein und Branntwein Frankreich (103,1 bzw. 2,33 Liter), für Bier dagegen Grossbritannien (80,16 l) die konsumkräftigsten Länder sind. Deutschlands Konsum beträgt bei Branntwein 1,32 l je Kopf, bei Bier 79,09 l je Kopf. Fasst man noch einmal die Belastung zusammen, die sich bei den verschiedenen Getränkearten je Einheit ergibt, so steht 1927 beim Branntwein Grossbritannien mit 1778 Mark Vorkriegskaufkraft je Hektoliter gegenüber den anderen Ländern (Deutschland 220, Frankreich 316), bei weitem an der Spitze. Gegenüber Deutschland ist die Belastung in Grossbritannien 8mal so gross.

Meyer schliesst daraus, dass in Deutschland die Besteuerungsmöglichkeiten für Getränke bei weitem noch nicht so ausgenutzt worden sei als im Ausland.

SPD. Die Gesfürel (Gesellschaft für elektrische Unternehmungen), die im verflorbenen Jahr die Fusion mit der Maschinenfabrik Ludwig Loewe durchführte, zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr wieder eine Dividende von 10 %. Die Fusion mit Loewe wird zuversichtlich beurteilt. In diesem Zusammenhang wird mitgeteilt, dass der Werkzeugmaschinenbau bei Loewe rationalisiert und auf Serien umgestellt wird. Hinsichtlich des Elektrizitätsverbrauchs wird im Geschäftsbericht bemerkt, dass ein natürlicher Zuwachs nicht stattgefunden habe. Die gesteigerten Produktionsziffern in der deutschen Elektrowirtschaft beruhen auf Stilllegung kleinerer Unternehmungen, die den Grossproduzenten zugute kommen.

SPD. Der Verband der französischen Wollindustrie protestiert, wie unser Pariser Mitarbeiter meldet, in einer Eingabe an die französische Regierung gegen die von Deutschland geplante Zollerhöhung für Wollwaren (Artikel 422 und 423 des deutschen Zolltarifs). Die Erhöhung der deutschen Wollzölle sei ein Verstoss gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag und gegen das Genfer Zollfriedensabkommen. Die französische Regierung solle sofort entsprechende Repressalien ergreifen.

Fester, am Schluss abgeschwächt.

(Berliner Getreidebörse vom 12. April.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse machte sich am Sonnabend wieder eine erheblich festere Tendenz bemerkbar, für die aber in der Hauptsache nur die auf der politischen Unsicherheit beruhende Nervosität massgebend war. Insbesondere für Roggen lagen die Eröffnungskurse am Markte der Zeitgeschäfte um etwa 3 Mark höher und auch im Handel mit effektiver Ware konnten sich die Roggenkurse um zirka 3 bis 4 Mark befestigen. Geringer waren die Preisgewinne für Weizen die sich im Zeithandel und am Lokomarkt auf rund 2 Mark beschränkten. Im Verlaufe der Börse trat eine leichte Abschwächung ein, sodass sich nicht alle anfänglich erzielten Preisgewinne restlos behaupten konnten. Die Mühlen zeigten keine allzu grosse Abnahmeneigung, da sich das Mehlgeschäft sehr schleppend gestaltete. Trotzdem waren ihre Forderungen teilweise wieder leicht erhöht. Auch für Hafer lagen höhere Notierungen vor, die aber von den Käufern nicht bewilligt wurden.

	<u>11. April</u>	<u>12. April</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	261 - 264	263 - 266
Roggen	159 - 161	163 - 166
Braugerste	188 - 200	188 - 200
Futter- und Industrierogerste	178 - 187	175 - 187
Hafer	155 - 163	158 - 166
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,25-37,25	29,25-37,25
Roggenmehl	23,75-26,75	24,00-27,00
Weizenkleie	10,25-11,00	10,25-11,00
Roggenkleie	10,50-11,25	10,50-11,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 276 (Vortag: 274), Juli 285 (282 $\frac{1}{2}$), September 267 (266 $\frac{1}{2}$), Roggen Mai 180 (175 $\frac{1}{2}$), Juli 191-191 $\frac{1}{2}$ (187 $\frac{1}{2}$), September 194 $\frac{1}{2}$ (190 $\frac{1}{2}$). Hafer Mai 176 $\frac{1}{2}$ -176 (171), Juli 188 $\frac{1}{2}$ -187 $\frac{1}{2}$ (183 $\frac{1}{2}$), September - (182).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 12. April: I. 131 Mark, II. 116 Mark, III. 100 Mark je Zentner. Tendenz stetig.

SPD. Immer wieder werden Klagen über die Preisdiktatur der stark syndizierten Baustoffindustrie laut. Wie berechtigt diese Klagen sind, beweisen die Riesengewinne in der Zementindustrie, die zu den rentabelsten Industriegruppen Deutschlands gehört. Nicht viel anders steht es mit der Ziegeleiindustrie, die den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, fast den höchsten Preisindex unter den Baustoffen zu haben. Die Unternehmen bekommen unter diesen Verhältnissen natürlich pralle Backen. So erzielte die Ziegelwerke Ludwigsburg A.G. mit 192 000 Mark einen Reingewinn, der mehr als 20 % des Kapitals ausmacht. Die Aktionäre erhalten die gleich hohe Vorjahrsdividende von 15 %, ausserdem aber noch Gratisaktien bei der vorgesehenen Kapitalerhöhung (Kapitalverwässerung), so dass sich die Jahresausbeute für den Aktionär auf über 22 % erhöht.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den

12. April 1930.

Die weisse Hand.^x

Von Maurice Renard.

SPD. Ich war neun Jahre alt, als meine Mutter starb. Sie war jung, sehr hübsch, und ich liebte sie in kindlicher Leidenschaft. Ihr Tod hätte auch mir um ein Haar das Leben genommen; wochenlang schüttelte mich das Fieber. Die Sehnsucht, die ich nach meiner Mutter im Herzen trug, löste wilde Phantasien in mir aus.-

Nach langen Wochen löste sich der Bann des Fiebers, und meine ermatteten Augen kehrten sich von der Welt der Phantome wieder der Wirklichkeit zu. Angstvoll über mich gebeugt, sah ich das Gesicht meines Vaters.

Dann verlebten wir zwei Monate reinster Harmonie. Ich war meinem Vater nicht nur ein Lichtblick in seiner Einsamkeit, sondern wie ein Vermächtnis, wie ein Gruss der Verstorbenen war ihm meine Gegenwart. Das Andenken meiner Mutter lebte mit uns und verband uns in ungeahnter Innigkeit. Dazu kam, dass die Aerzte einen Rückfall meiner Krankheit fürchteten, sodass mein Vater ängstlich besorgt über mich wachte.

Allmählich jedoch machte es sich bemerkbar, dass mein Vater, ein Mann von 35 Jahren, also im besten Alter, im Grunde seines Wesens lebensfreudig, ja, lebenshungrig war. So nahm er langsam sein gewohntes Leben wieder auf, trieb Sport, war heute mit diesen, morgen mit jenen Freunden zusammen.

Ich rückte, ihm wahrscheinlich unbewusst, in den Hintergrund. Er glaubte meinen Schmerz gedämpft, im Versinken begriffen, ahnte nicht im entferntesten die Tiefe der seelischen Wunde. Keine plötzliche Entfremdung zwischen uns ging vor sich - nein, leise und behutsam, wie man das Bett eines Kindes verlässt, das endlich eingeschlafen ist, entfernte er sich von mir.

Ich wanderte, ein elender, gedrückter Junge, durch das Haus, mit ruheloser Unermüdlichkeit Dinge suchend, betastend, die einst meiner Mutter gehört hatten. So fand ich eines Tages - ich hatte mich heimlich in meines Vaters Arbeitszimmer geschlichen - unter vertrockneten Blumen, Bändern, Schleifen - eine weisse Totenhand!

Noch heute empfinde ich mit tragischer Deutlichkeit den Schauer, der mich beim Anblick dieser vom Körper abgetrennten weissen Hand überrann. Was wusste ich damals von Gipsabdrücken? Wie konnte ich ahnen, dass mein Vater die Hand seiner Frau hatte nachbilden lassen? Ich empfand nichts als grenzenloses Grauen. Mein Gehirn war aufgepeitscht; die wildesten Vorstellungen überwältigten mich. Unmöglich erschien es mir, diese Finger zu berühren, die mir einst so zärtlich über die Locken gestrichen hatten; unmöglich, diese blutlose, schattenhafte Hand zu küssen.

Von diesem Tage an wurde mir alles zur Folterqual; die Menschen um mich schienen mit ungeahnten Geheimnissen erfüllt zu sein; die Möbel in den Zimmern grinsten mich unheimlich an, Häuser und Bäume nahmen Gespenstergestalt an, und Abends in meinem Bette schüttelte mich das Grauen.

Ein Jahr war seit dem Tode meiner Mutter vergangen. Mein Vater stand wieder mitten im Leben. Auch das Haus war nicht mehr stumm, sondern klang wieder von fröhlichen Stimmen. Mein Vater trug nicht mehr das düstere Schwarz, und ich entsinne mich noch genau seiner ersten farbigen Krawatte - tiefblau.

mit weissen Streifen.

Dann kam jener Nachmittag, an dem ich, mit meinen Schulaufgaben beschäftigt, zum ersten Male wieder altbekannte Musikklänge an mein Ohr schlagen hörte, die versunken gewesen waren, seitdem die Hände meiner Mutter zum letzten Male über die Tasten geglitten waren. Wie sonderbar das in dem bis vor kurzem verdüsterten Hause klang!

Ich wusste noch nicht, dass mein Vater zuweilen des Abends ausging - denn bewusst verheimlichte er mir, dass das Leben ihn wieder hatte, und dass er Theater, Tanz und Musik nun ohne meine Mutter genoss, während ich noch jede Veränderung meines stillen Lebens mit fast krankhafter Scheu zurückwies.

Eines Abends beim Gutenachtkuss spürte ich, dass mein Vater anders als sonst war, dass er mir etwas verheimlichen wollte. Kinder haben dafür einen wunderbaren Instinkt.

"Wohin gehst Du, Papa?" fragte ich geradezu.

"Zu Frau P."

"Ist dort eine Tanzgesellschaft?"

"Ja", kam es leise von seinen Lippen, als wollte er mich um Verzeihung bitten. "Schlaf schnell ein, mein Junge!" fügte er hinzu und entfernte sich eilig.

Hätte er mich genauer angesehen, hätte er meine fiebernden Augen und glühenden Wangen wahrgenommen, so wäre er sicherlich nicht fortgegangen. Zitternd kroch ich unter die Bettdecke. Bald würde der Vater fort sein, die Diensthoten in ihren Zimmern, und mich liess man allein mit der toten Hand, ganz allein! Kein Mensch vermag die Todesschrecken zu ermessen, die ein fieberndes Kind in seinem Wahn erlebt. Ich lag wie erstarrt, den Atem anhaltend, die Nerven bis aufs äusserste gespannt. Das Zimmer war verdunkelt, aber Laternenschein von der Strasse tauchte die Gegenstände in fahles, düsteres Dämmerlicht. Ein leichtes Knistern liess mich zitternd aufhorchen. Der Türvorhang bewegte sich leise und liess sekundenlang eine weisse Hand erscheinen, deren schmale Finger sich kaum merklich bewegten und dann verschwanden. Ein erschütternder, zweifelnder Schrei entrang sich meinem angstzerquältem Herzen. "Mama!" Und noch einmal: "Mama, liebe Mama!" Dann versank die Welt in meinen Fieberdelirien.

Später, viel später, als ich nach langen Wochen auf dem Wege der Gesundung war, klärten sich die Dinge so: Bei Frau P. war ein Maskenball, und mein Vater hatte sich verkleidet, maskiert und geschminkt. Bevor er fortging, machte er an meiner Tür halt und öffnete sie leise mit seiner weissgepuderten Hand.

Kindheitserlebnisse von solcher Intensität bleiben der Seele unvergesslich.

(Deutsch von Hans Blum.)

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Von drei Berliner Uraufführungen während der letzten Wochen war eine von ausserordentlich nachhaltiger Wirkung, während die andern beiden desto unerfreulicher waren. Die "Volksbühne", deren Dramaturgie schon oft Befremden erregen musste, hat nach der erfolgreichen dramatischen Reportage "Die Affäre Dreyfus" mit dem Negerstück "Das Lied von Hoboken" des Amerikaners Michael Gold bereits den dritten künstlerischen Fehlschlag in dieser Spielzeit zu verzeichnen. Das liegt nur zum Teil daran, dass uns das geschilderte Milieu - das New Yorker Negerviertel Harlem und der Rummelplatz der Hafenstadt Hoboken - ziemlich fremd ist und der amerikanische literarische Plakatstil nicht ganz unserm Geschmack entspricht. An sich bietet der Klassen- und Rassenkampf zwischen Weissen und Neger in Amerika einen

durchaus ergiebigen Stoff für ein sozialistisches Zeitstück, und auch die gewählte Form einer Art dramatischen Bänkelsanges hat ihre literarischen und bühnengemässen Reize und lässt hinter der Groteske das tragische Dasein= schicksal des Negerproletariats deutlich werden. Aber die Uebersetzung des von Hermynia zur Mühlen verdeutschten Stückes durch Günther Weisenborn artet in Verzerrungen von unerträglicher Geschmacklosigkeit und ermüdender Breite aus, und die nach dem Modevorbilde der "Dreigroschenoper" eingestreuten, von Wilhelm Gross rhythmisch gepfeffert vertonten "Songs" sind von peiniger Dürftigkeit. Zudem weiss auch der Regisseur Kentor nicht das erforderliche wirbelnde szenische Tempo zu treffen.

Eine der stärksten Aufführungen dieser Spielzeit bietet das Ensemble des "Deutschen Theaters" bei seinem Gastspiel im "Theater am Nollendorfplatz" mit der Wiedergabe des Dramas "Der Streit um den Sergeanten Grischa" von Arnold Zweig. Die Handlung dieses Werkes ist ja aus seiner endgültigen Formung im gleichnamigen Roman des Verfassers, dem dichterisch vollendetsten Erzeugnis deutscher Kriegsliteratur, allgemein bekannt. Zum Glück liegt in dem Drama keine spätere Bearbeitung des Romans vor, sondern die ganz selbständige ursprüngliche Fassung des Werkes. Gewiss muss der Roman als die vollkommene Schöpfung gelten, aber abgesehen von den etwas flüchtig skizzierten Einleitungsszenen ist auch das Bühnenwerk von solcher dramatischen Folgerichtigkeit, Geschlossenheit und Anschaulichkeit, dass die Tragödie des russischen Kriegsgefangenen, der einer sinnlosen militärischen "Vernunft" geopfert wird, zu erschütternder Wirkung kommt. Dank der lebendigen kontrastreichen, gewaltig steigenden Inszenierung des Russen Alexis Granowsky und der bis in die kleinsten Rollen echten Darstellung, aus der vor allem Hermann Thimig als Grischa und Friedrich Kayssler als warm empfindender General von Lychow herausragen, wird diese Aufführung zu einem unvergesslichen künstlerischen und menschlichen Erlebnis.

Dass die nachträgliche Bühnenbearbeitung eines erzählenden Werkes immer ein missglücktes Unternehmen bleiben muss, hat Alfred Neumann schon mehr als einmal bewiesen. Sein vor einigen Jahren aufgeführtes Drama "Der Patriot" vermochte wenigstens noch durch seinen politisch=historischen Stoff zu fesseln. Das neuste Bühnenwerk "Haus Danieli" dieses hervorragenden Erzählers, in dessen Mittelpunkt - frei nach der Novelle "König Haber" - die verbotenen Beziehungen einer Fürstin zu einem Hofjuden und das brutale Streben dieses Hofjuden nach Legitimierung seines aus diesen Beziehungen entsprossenen Kindes stehen, ist nur ein altmodisches, reisserisches Intriguenstück, das - im Gegensatz zu der Novelle - mit dem knallenden Selbstmorde des Helden endet. Trotz des Aufgebots eines Fritz Kortner und einer Käthe Dorsch in den Hauptrollen, konnte sich das Stück noch keine drei Wochen lang auf dem Spielplan des "Lessing=Theaters" behaupten.

Piscators Wiederkehr nach Berlin ist im Grunde ein schmerzliches Ereignis. Die im Osten Berlins gelegene Vorstadtbühne des "Wallner=Theaters", das im ganzen Reiche bereits gespielte, dramatisch geradezu kindliche Tendenzstück "§ 218" von Carl Credé und die Schar im höchsten Grade unzulänglicher Schauspieler sind einander wert. Was lediglich an dieser Aufführung ein gewisses Aufsehen erregt - die leidenschaftliche Diskussion zwischen Zuschauerraum und Bühne über den Abtreibungsparagraphen -, ist Piscators eigene Zutat, durch die er, getreu seinen Grundsätzen, das Theater allein als Tribüne politischer Agitation gelten lässt.

Dem Unterhaltungstheater hat Paris neuerdings wirkliche Qualitätsware geliefert. In dem Spiel "Er" von Alfred Savoir, das wir im Theater "Die Tribüne" kennen lernten, mischt sich ein entsprungener Insasse einer Irrenanstalt, eine Art Eulenspiegelfigur unter eine gerade zu einem Kongress versammelte Gemeinschaft von Freidenkern und Atheisten, gibt sich als "Gott" aus und stiftet dadurch allerhand Verwirrungen an. Die flotte Handlung, die mit einem etwas mysteriösen Verschwinden des seltsamen Hotelgastes endet, gibt Anlass zu

amüsanten Charakterisierungen und vielen geistreichen Dialogpointen. In der Hauptrolle erlötten wir ein erfreuliches Wiedersehen mit Conrad Veidt, der sich von aller Filmstarrheit gelöst zeigt und besonders durch sein klangvolles Organ für sich einnimmt.

P.A. Antoine, der Verfasser des in den "Kammerspielen" aufgeführten Lustspiels "Die liebe Feindin", ist originell genug, die Handlung seines Stückes auf einen - Friedhof zu verlegen. Um die mitternächtige Stunde tauschen drei aus ihren Gräbern emporgestiegene Männer, die nacheinander an einer und derselben Frau zugrunde gegangen sind, ihre leidvollen Erfahrungen mit eben dieser Frau aus. Die einzelnen Schilderungen werden uns szenisch vorgeführt. Daraus ergibt sich eine ungemein reizvolle Mischung von Phantastik und Realität, deren mitreissender Humor im tiefsten Kern auf echter Lebensbeobachtung beruht. Der Schlussakt zeigt uns am nächsten Vormittage die trauernde Witwe - ganz leidendes Weib, stille, ergebene Dulderin - mit ihrer inzwischen erwachsenen Tochter an den Gräbern. Sehr fein ist die Schlusswendung, in der an dem jungen Mädchen und ihrem Pariser Studienkameraden deutlich wird, dass auch in der jungen Generation Liebe und Erotik den natürlichen Sieg über alle betonte "neue Sachlichkeit" davontragen. Dezent und charmant wie das ganze Stück ist auch seine Wiedergabe.

Ein ungewöhnlich interessantes und bedeutungsvolles Musikereignis war die Aufführung der auf dem letzten Tonkünstlerfest in Duisburg aus der Taufe gehobenen Oper "Maschinist Hopkins" von Max Brand in der Städtischen Oper. Das Werk bildet inhaltlich - in der für die Musikdramatik bisher nicht erschlossenen Gestaltung des Massenerlebens und des Kollektivschicksals der modernen Fabrikarbeiterschaft und des Geistes unsres Maschinenzeitalters - und im Kompositionsstil einen verheissungsvollen, im wesentlichen auch geglückten Versuch zur Schaffung einer neuen, zeitgemässen Kunstgattung. Diese Musik ist alles andere als im herkömmlichen Sinne schön, aber ungemein charakteristisch, in ihrer Verwendung von Sprechgesang, Sing- und Sprechchor und in ihrer grellen Instrumentierung von höchster dramatischer, nur gelegentlich etwas theatralischer Schlagkraft und ein lebendiger Beweis dafür, dass auch atonale Musik unwiderstlich fesseln und mitreissen kann. Die Oper ist eine starke Probe von - wenn man so sagen darf: realistischer Phantastik. Diesem neuartigen Opernstil entspricht es auch, dass die vielfältige Handlung in elf verhältnismässig kurzen Bildern abrollt. Gewiss ist die Musik mehr mit dem Verstande gemacht als aus strömender Inspiration geflossen, aber sie ist von so bezwingender Eigenart, dass sie die Aufmerksamkeit des Hörers von ersten bis zum letzten Tone gefangen nimmt. Dass dabei der Komponist auch eine üppige musikalische Sinnlichkeit zu entfalten vermag, beweisen einige schmissige, farbige, feurige Tanzrhythmen in einer Szene in einem Lebeweltlokal, die als wirksamer Kontrast eingefügt ist. Auf jeden Fall offenbart sich hier bei allen Einwendungen, die man etwa gegen Einzelheiten erheben mag, eine originelle musikdramatische Begabung, die zu grossen Erwartungen für das künftige Schaffen des jungen Komponisten berechtigt. Das Finale, in das die Oper ausklingt, charakterisiert den Aufmarsch der Arbeitermassen zu ihrem neuen Tagewerke mit grandioser Wucht. Die glänzende musikalische und szenische Leitung von Dr. Fritz Stiedry und Dr. Kurt Singer, die packende Verkörperung der Titelrolle durch Ludwig Hofmann und die ein-drucksstarken Bühnenbilder von Gustav Vargo verhelfen der Aufführung zu einem rauschenden Erfolge.

Bz.

Der gekreuzigte Mensch.

SPD. Das düstere Sinnbild des Karfreitages ist der gekreuzigte, der geschändete Mensch! Totenstill ist dieses Sinnbild und doch voller Lebensnähe. Wie eine schweigende gewaltige Klage und Anklage schwebt es durch den heutigen Tag.

Erinnerungen steigen in mir auf. Bilder des Schreckens werden lebendig. Es war auch an einem Karfreitag gewesen. Um uns donnerten die Kanonen des Krieges. Todesangst presste uns in die aufgeworfenen Schollen hinein. Das Entsetzen würgte uns bis zum Ekel und Irrsinn. Damals tauchte in meiner Seele, als zwischen zwei Sekunden Grabesstille entstand, der crucifixus auf: der geschändete Mensch. Man hatte ihn an eine hochgerichtete Kanone genagelt. Propeller surrten über ihm in der Luft. Er trug Handgranaten im Gürtel und eine Gasmaske vor dem Gesicht. Dann sah ich den crucifixus in der griechischen Form wie ihn auch Matthias Grünwald gemalt hat: Von oben bis unten blutüberströmt! Der Lebensatem dampft aus seinem Leibe. Dick aufgeschwollen erscheinen die zermarterten Füße. Die Finger der Hand sind jäh gespreizt, wie wenn sie erstarrten, da das Eisen des Todes die Glieder durchstieß. Ueber und über ist der Körper von Wunden und Striemen bedeckt. Erde klebt an ihm, und allerhand Gewürm regt sich zum Angriff. Da heulten die Maschinengewehre auf und zerhackten ihm wie mit spitzen Dornen das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit. Ein einziger blutender Fleischklumpen wurde der Kopf. Die scheidende Seele schrie, während die Erde erbebte und alles zu versinken drohte. Dieses Schreien der Seele fand schaurigen Widerhall. Alle menschlichen Tiere, die dumpf und blöde in den aufgeworfenen Gräben hockten, lockte dieses Schreien hervor. Eiserne Bänder wurden gesprengt. Hüben und drüben schlugen die Fronten zusammen. Alle zerfetzten Baumstämme horchten auf, und die blutgetränkte Erde öffnete ihre Purpurlippen. Aus allen Löchern quoll schreiende Seele zusammen. Dieses Schreien war letzte Verzweiflung, war trostlose Verlassenheit, war der irr gewordene Ton, mit dem der gekreuzigte und geschändete Mensch zerbarst: Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?

Zwischen damals und heute liegen dreizehn Jahre. Die Melodie ist anders geworden, aber der Grundton ist dergleiche geblieben. Nach wie vor ist das Leben von Qual zerrissen, und das Bild des geschändeten Menschen schreitet mit der Gebärde der Verzweiflung und des Todes durch unsere Zeit. Dieses Bild schreitet uns entgegen in all den Menschenbrüdern, die im grausamen Daseinskampfe zusammenbrechen und verzweifeln sich selbst das Leben nehmen.

Soll dieses Schreien nicht aufhören auf Erden? Soll dieses Leben immerwährend ein Golgatha sein? Meine Gedanken ranken sich hoch um den anderen crucifixus, den z.B. auch Albrecht Dürer gestaltet hat, und den wir im Gegensatz zum griechischen Typ den lateinischen nennen. Hier tritt uns ganz gewiss auch der Gekreuzigte und Geschändete entgegen. Immerhin, wir schauen hier zugleich den im Leiden liegenden, den idealisierten Menschen. Wir klammern uns an diesen crucifixus, weil er uns einen befreienden Ausblick eröffnet. Wir sehen den heroischen Menschen, der am Marterholz für seine Feinde hetet, mit gelassener Seele leidet, und in dessen brechendem Auge sich neue, kommende Welten malen.

In solchen Rahmen gefasst, hat uns Sozialisten der Stille Freitag viel zu sagen. Zum ersten: dass das Opfer an Leben niemals für uns die Verneinung, sondern vielmehr die stärkste Bejahung des Lebens bedeutet. Zum zweiten: dass die selbstlose Hingabe an eine Idee, an ein Ideal der Gemeinschaft bis zum Lebensopfer in sich die Kraft des Sieges trägt und die Gewissheit des Glaubens: Wir werden die Welt überwinden! In solchem Bewusstsein ringen wir uns entschlossen durch Kreuz und Schändung vorwärts dem Kommenden entgegen. In solcher Kreuzigung und Schändung des Lebens liegt die erlösende Kraft beschlossen. Alles Blut, das in solchem Ringen und Mühen fließt, ist der Kitt, der uns

zusammenhält. Nein! Ist der Feuerstrom, der uns begeistert, und den wir mit der Fackel des Lebens weiter reichen an die folgenden Geschlechter, bis das Bild des gekreuzigten und geschändeten Menschen abgelöst wird durch das österliche Bild des neuen, aus Irrwahn und Qual erwachten, auferstandenen Menschen
Pfarrer Lic. Dr. Paul Piechowski.

Kleine Warnung.

Putsche -dieses ist der Fehler -
Kommen hier nur schwer in Stoss,
Aber die Venezueller
Schlagen schon viel eh'r mal los.

Auf dem Dampfer "Falke" wohnen
Zwanzig putschbereite Mann,
Ein paar Ofenrohrkanonen
Deuten ihre Wildheit an.

Schussbereit die alten Knarren
Steuern sie auf Cumana.
Ha! - Sie sehen Leute harren.
Ha! - Sie hören schon "Hurra!"

Dass man sich da nur nicht täusche!
Aus dem gottverfluchten Kaff
Tönen andere Geräusche:
Piffpaffpuff! - Da sind sie baff.

Fühlt man sich auch noch so stählern,
Schöner Traum oft schnell zerweicht.
Selbst bei den Venezuelern
Ist das Putschen nicht so leicht.

Jodok,

Zum Opfer bereit!

SPD. Die beiden Worte "Als ob" spielen in der Philosophie eine grosse Rolle. Sie sind namentlich von Kant angewandt worden bei seinen Untersuchungen über Gott, Freiheit des menschlichen Willens und Unsterblichkeit. Mit den kleinen Wörtern umschreibt man eine Fiktion, d.h. eine Annahme, die man macht, um zu praktischen Resultaten zu kommen.

! "Sieh nach den Sternen, achte auf die Gasse!" sagt Wilhelm Raabe. Der Weg durch die Klippen des Alltags erfordert so viel Konzentration und Zeit, dass wir uns nicht mehr in uferlose philosophische Schwärmereien einlassen. Eine philosophische Richtung, die zu praktischen Resultaten kommt, ist der Pragmatismus. Sein Begründer nennt alle diejenigen Vorstellungen wahr, die sich als Motive des zweckmässigen, lebensfördernden Handels erwiesen haben. Kant hält alles für pragmatisch, was zur allgemeinen Wohlfahrt und zu hohem Nutzen dient.

Unter diesen Gesichtspunkten kann uns das Österfest etwas bedeuten. Die Untersuchungen über die historische Stellung des Österfestes haben zu Zwei-

feldn darüber geführt, ob der biblische Tatsachenbericht wohl stimmen könnte. Die Religionsforscher haben in der persischen Religion und im Buddhismus bedeutsame Parallelen zu dem viel später entstandenen christlichen Erlöserglauben gefunden. Sie sehen daher im Christentum eine neue Einkleidung uralter Glaubensvorstellungen. In der persischen Religion opfert sich der Sonnengott Mithra; Auch Buddha stirbt unter Tündern und Zeichen. Die grösste ethische Vertiefung hat der Opfertod in der christlichen Legende gefunden. Christus stark für seine Brüder, getreu seinem Bekenntnis: "Liebe deinen Nächsten als dich selbst".

Ob nun der Opfertod Jesu eine historisch verbürgte Tatsache ist oder nicht - wir können ihn zu einer Fiktion machen, um zu praktischen Resultaten zu kommen. Wenn wir annehmen, dass Jesus für seine Brüder gestorben ist, so wächst er zu einer Idealfigur, die unser Handeln richtunggebend beeinflussen kann. Das Gedächtnis an seine Opferbereitschaft regt uns zur Nachahmung an, weckt in uns den gleichen Idealismus. Neben Jesus stehen alle, die für eine grosse Idee und das Wohl der Brüder ihr Leben hingaben, die Kämpfer für Recht, Freiheit und Brüderlichkeit. Wir haben heute noch viele Märtyrer, die zwar nicht mehr ans Kreuz geschlagen werden, aber für ihre Ueberzeugung, für ihre Liebe zum ärmsten Bruder im Kleinkampf des Tages viel erdulden müssen. Ostern sei uns nicht ein überkommener kirchlicher Feiertag, sondern ein Erinnerungstag an grosse, opferbereite Gestalten. Ostern sei uns eine Mahnung zur Opferbereitschaft: "Siehe, ich lasse mein Leben für die Brüder."

Hans Heinrich Strätner.

SPD. "40 Jahre Maifeier". Unter diesem Titel hat der Dietz-Verlag zum diesjährigen 1. Mai eine sehr wirkungsvolle Festschrift herausgebracht, die als Erinnerungsgabe von dauerndem Wert eine Massenverbreitung verdient. Im Mittelpunkt des Heftes stehen Schilderungen der heute noch lebenden deutschen Teilnehmer des Internationalen Sozialistenkongresses 1889 über ihre Eindrücke vom historischen Maifeierbeschluss. Auch die übrigen Beiträge, darunter das von Karl Frohme vor vierzig Jahren geschaffene erste deutsche Maifeiergedicht, gewinnen Bedeutung über den Tag hinaus. Eine Reihe wichtiger symbolischer Illustrationen von Lili Réthi gibt dem Maifeiergedanken lebendigen Ausdruck.

SPD. Ein neuer Mozartfund.^x Der Kapellmeister Ludwig Seitz, der erst vor kurzem im Grazer Konservatorium einen sensationellen Fund gemacht hat, ein Ballettdivertissement von Mozart, entdeckte neuerdings ein bisher unbekanntes Menuett von Mozart und ausserdem die vollständige Partitur der Oper "Die Chinesinnen" von dem Italiener Millico. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurde an der gleichen Stelle eine ungedruckte Jugendsymphonie Mozarts und die Arie "Il primo Amore" von Beethoven gefunden. Die Sammlungen des Grazer Konservatoriums, die aus ungefähr 5 000 Einzelstücken bestehen und bis heute aus finanziellen Gründen noch nicht erschöpfend gesichtet werden konnten, dürften wohl noch manchen wertvollen musikhistorischen Schatz bergen. Das Konservatorium wurde im Jahre 1815 gegründet und stellt das älteste Musikinstitut in Oesterreich dar.

Deutscher Reichstag

160. Sitzung vom 12. April, 12 Uhr.

SPD. Der Sitzungsbeginn verzögert sich um eine Viertelstunde.

Von den Regierungsparteien ist zum Gesetz über Zolländerungen der Antrag eingegangen, der die Verbindung zwischen dem Agrarprogramm und den Deckungsvorlagen herstellt. Nach diesem Antrag wird bestimmt, dass die Deckungsvorlagen zugleich mit der Agrarvorlage in Kraft treten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Stöcker (Komm.) einen neuen Misstrauensantrag gegen das Kabinett Brüning auf die Tagesordnung zu setzen. Diesem Antrag wird entsprochen.

In der Fortsetzung der zweiten Beratung der Deckungsvorlagen nimmt

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort. Er erklärt, die Regierung betrachte das gesamte Deckungsprogramm als ein unteilbares Ganzes. Sie lege deshalb Wert auf die Annahme des Verbindungsantrags. Wird dieser Antrag abgelehnt oder werden die Deckungsvorlagen in ihren finanziellen Erträgen geschmälert, so wird die Reichsregierung noch am heutigen Tage die notwendigen Entscheidungen treffen. (Beifall b.d.Reg.Parteien). Sie wird dann das für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erforderliche auf anderem Wege durchsetzen. (Beifall b.d.Reg.Parteien.)

Abg. Breitscheid (Soz.) erklärt: Nach Ansicht meiner Fraktion wäre es das einzig zweckentsprechende, sofort die Abstimmung über diesen vom Reichskanzler verlesenen Antrag vorzunehmen, da alles andere ja nur eine Hinausschiebung der Entscheidung bedeutet. Auf jeden Fall halten wir es für richtig, schon in diesem Moment mit ein paar Worten zu diesem Antrag des Herrn Reichskanzlers und der Regierungsparteien Stellung zu nehmen. Vor 14 Tagen ist das Kabinett Brüning gebildet worden; heute können wir feststellen, dass es vor dem moralischen Bankrott steht. (Lautes Lachen bei den Regierungsparteien) Welches ist die Absicht bei der Zusammenstellung dieses Kabinetts gewesen? Wenn es eine Absicht gegeben hat, so war es zweifellos die, durch die Hereinnahme der Herren Schiele und Treviranus die deutschnationale Fraktion zu sprengen und die Partei Hugenberg zu zersplittern. Tatsache ist, dass diese Absicht nicht gelungen ist. Das Kabinett ist genötigt gewesen, sich unter den Willen der Deutschnationalen Partei zu beugen. Die Regierung Brüning war genötigt, sehr weitgehende Zugeständnisse an die Deutschnationale Partei und den Landbund zu machen. Aber auch damit war das Spiel noch nicht zu Ende. Es begann ein wildes Schachergeschäft in den Fraktions- und Konferenzzimmern, das dazu angetan war, den Reichstag zu einer Börse herabzuwürdigen (Sehr wahr! b.d.Soz. - Lärm b.d.Reg. Part.). Auch ein Schachergeschäft mit Parteien, die, je kleiner sie waren, umso grössere Forderungen stellten. Wenn die Situation für unser Land, für unser Volk nicht so ernst wäre, dann wäre man wahrhaftig geneigt und berechtigt, eine Satire über diese Art von Regierung zu schreiben. Soweit sind wir heute gekommen - nichts beweist es besser, als der soeben vom Reichskanzler begründete Antrag, dass das Kabinett seinen Parteien nicht mehr vertraut und dass die Parteien, auf deren Unterstützung es angewiesen ist, ihm nicht mehr vertrauen. Dieser Antrag soll eine Sicherheit dafür bieten, dass man sich gegenseitig nicht betrügen kann. Entweder hält man die Agrargesetze im Interesse der Landwirtschaft für notwendig; dann muss man sie um jeden Preis, ohne irgendwelche Bedingungen, durchführen, oder man hält sie nicht für notwendig. Wir verstehen diese Verkoppelung nicht. Entweder leidet der Osten und die Landwirtschaft so schwer Not, dass unter allen Umständen alles geschehen muss, oder diese Agrargesetze sind der Preis, den die Regierung Brüning für ihre Weiterexistenz zahlen muss. Wir haben keine Veranlassung, dem Kabinett Brüning,

aus den selbst geschaffenen Verlegenheiten zu helfen. Wenn Sie dieses Agrar-gesetz annehmen, sind dadurch die landbündlerischen Wünsche und Begierden restlos erfüllt. Deshalb lehnen wir den Antrag der Reichsregierung ab und wir gehen in den Kampf gegen den grossagrarisches Übermut, für eine Erhaltung der Sozialpolitik, für Sanierung der Finanzen und für die Erhaltung der demokratischen Republik (Beif.u.Händeklatschen b.d.Soz.).

Abg.Esser (Ztr.): Wir sind durchaus damit einverstanden, dass sogleich über das Klammerngesetz abgestimmt wird. Wir brauchen eine Reichstagsauflösung nicht zu scheuen. Es mutet seltsam an, dass Dr.Breitscheid, der den Reichskanzler Brüning vor der Anwendung des Artikels 48 gewarnt hat, jetzt Dr. Brüning einen Vorwurf daraus macht, dass er die Lösung auf parlamentarischem Wege versucht hat. Die Wählerschaft wird erkennen, wem die eigentliche Schuld zufällt an der jetzigen Entwicklung der Dinge. Wir werden unter dem Namen Brüning in den Wahlkampf gehen (Beifall).

Abg.Torgler (Komm.) erklärt, das Kabinett Brüning sei nur die Fortsetzung des reaktionären Kabinetts Müller. Dieser Reichstag müsse sofort aufgelöst werden. Auf eine Anwendung des Art.48 würden die Kommunisten die entsprechende Antwort geben.

Abg.Koch-Weser (Dem.): Die Demokraten hätten den Wunsch gehabt, auch die Sozialdemokraten zur Regierung heranzuziehen, weil wir eine stetige Regierung wollen. Wenn Dr.Breitscheid jetzt den übrigen Parteien die Schuld an der Entwicklung der Dinge zuschiebt, so müssen wir dagegen die schärfste Verwahrung einlegen.

Abg. Stöhr (Nat.Soz.) stellt in einer Erklärung fest, die Regierung unternahme jetzt im Auftrage der internationalen Hochfinanz den ernsthaften Versuch, durch unerträgliche Lasten in Form von Verbrauchssteuern dem Young-Plan zur Durchführung zu verhelfen. Die Partei des Herrn Dr.Hugenberg und die Christlichnationale Bauernpartei hätten in historischer Stunde erneut materielle Erwägungen der nationalpolitischen Interessen vorangestellt. Seine Freunde lehnten die Steuergesetze geschlossen ab. Sie würden der auf Täuschung berechneten Verbindung zwischen Steuervorlagen und Agrarprogramm nicht zustimmen und dem Gesetzgebungswerk im ganzen ihre Zustimmung versagen.

Inzwischen ist eine Entschliessung der Regierungsparteien eingegangen, die einen Gesetzentwurf über eine wirksame Hilfe für den Osten verlangt.

Abg.Hergt (dnat.), mit lebhaften Zurufen empfangen, verweist auf die von den Regierungsparteien vorgelegte Entschliessung über das Ostprogramm und stellt fest, dass seine Partei am Sonnabend morgen der Regierung vorgeschlagen habe, einem Zusatzantrag zum Biersteuergesetz zuzustimmen, wonach die Biersteuererhöhung am 1.August ausser Kraft tritt, wenn bis dahin nicht die Hilfsaktion für den Osten mit einem Betrage von 200 Millionen sichergestellt ist. Zu seinem grössten Bedauern habe die Reichsregierung dem Antrag bisher nicht zugestimmt. Eine Stellungnahme im Sinne dieser Forderung könnte von Bedeutung sein. (Heiterkeit u.Zurufe)

Reichsfinanzminister Dr.Moldenhauer erwidert namens der Reichsregierung, dass diese nicht in der Lage sei, diesem Antrag zuzustimmen. Wir können die Durchführung der Kassensanierung, so fährt der Minister fort, nicht davon abhängig machen, dass irgendein anderes Gesetz oder eine Massnahme bis zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführt wird. Wir können ebensowenig in diesem Augenblick auf Heller und Pfennig die Beträge nennen, die für die Osthilfe zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Regierung hat sich klar und deutlich zur Osthilfe bekant. Die Gesetze sind in Vorbereitung. Es werden alle verfügbaren Mittel flüssig gemacht werden, um diese Hilfe wirksam durchzuführen. Entweder hat man das Vertrauen zur Regierung, dass

sie die ihr gestellten Aufgaben durchführt, dann bedarf es keiner besonderen Sicherung, oder man hat das Vertrauen nicht, dann kann man das in der Abstimmung zum Ausdruck bringen. (Beifall b.d.Regierungspart.)

Abg.Döbrich (Christlichnat.Bauernp.) erklärt, seine Partei stimme wegen der Not des Volkes und des deutschen Bauernstandes den Agrargesetzen und den Deckungsvorlagen zu. Sie sei sich bewusst, dass sie damit die nationale Linie nicht verlasse.

Abg.Dr.Scholz (DVP) betont, dass niemand Veranlassung habe, an dem ernstesten Willen der Regierungsparteien zu zweifeln, die Not des Ostens mit allen verfügbaren Mitteln zu beheben.

Es folgt dann die Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien, wonach Finanz- und Agrargesetze gleichzeitig in Kraft treten.

Von der Deutschnationalen Fraktion stimmen die meisten Mitglieder mit Ja, andere mit Nein oder mit blauen Karten, die Stimmenthaltung bedeuten. Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des Verbindungsantrages mit 217 gegen 206 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Mit Pfui!-Rufen der Kommunisten und mit Gelächter der Sozialdemokraten wird das Abstimmungsergebnis aufgenommen.

Präs.Löbe: Wir müssten nun mit der sachlichen Beratung der Zollvorlagen beginnen. Es wird aber vorgeschlagen, die Sitzung auf zehn Minuten zu unterbrechen, damit sich die Herren erholen (Heiterkeit).

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wendet sich Abg.Putz (Komm.) gegen die Agrarvorlage, die nur den Grossgrundbesitzern Vorteil bringe, aber die Klein- und Mittelbauern schädige.

Abg.Tarnow (Soz.)

kennzeichnet die Agrarvorlage als den Versuch, auf alte Anschauungen zurückzugehen, wonach der Landwirtschaft nur durch Zollerhöhungen geholfen werden kann. Die Folge muss eine ungeheuerliche Erhöhung aller Lebensmittelpreise sein. Diese Preisverteuerung muss aber weiter unbedingt eine Erhöhung der Löhne nach sich ziehen. Der optimistischen Auffassung, dass eine solche Preiserhöhung nicht eintreten werde, steht die Ansicht des Reichsernährungsministers Schiele gegenüber, wonach ja gerade die Zollerhöhungen eine Erhöhung der Preise bringen sollen. Die erste Wirkung der Vorlage wird sein, dass die landwirtschaftliche Veredlungswirtschaft aus Deutschland hinausgedrängt wird. Sollte eine ungünstige oder nur eine Mittelernte eintreten, dann wird unweigerlich eine starke Erhöhung der Lebensmittelpreise und damit der gesamten Lebenshaltung kommen. Das hat ein agrarischer Sachverständiger aus den Koalitionsparteien selbst zugegeben. Wir sind der Meinung, dass der Landwirtschaft mit anderen Mitteln geholfen werden kann.

Die Arbeiter fordern, dass die Rationalisierung der Wirtschaft zu einer entsprechenden Lohnerhöhung führen muss. Die Unternehmer haben diese Forderung bisher abgelehnt. Wenn aber die neue Lebensmittelteuerung kommt, dann wird spätestens im Herbst eine neue Lohnforderungswelle über Deutschland gehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich gerade deshalb gegen dieses Agrarprogramm gewendet, weil von dieser Seite die notwendig darauf folgenden Lohnerhöhungen gefürchtet werden. Wir lassen keine Zweifel darüber, dass die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die Gewerkschaften in unausweichlicher Konsequenz dieser Vorlagen eine neue Lohnbewegung führen werden. Die Parteien, die diesem Agrarprogramm zustimmen werden stellen damit einen Wechsel auf Lohnerhöhungen aus, der von uns präsentiert wird, und die Gewerkschaften werden sie zwingen, ihn zu honorieren.

Abg.Blenkle (Komm.) wendet sich gegen die Warenhaussteuer, die durch ihre Tendenz gegen die Konsumvereine die Lebenshaltung der arbeitenden Massen verteuere. Abg.Paine (Soz.) bekämpft die gestaffelte Umsatzsteuer.

Das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform wird von der Tagesordnung

abgesetzt, da die Ausschussberatungen darüber noch nicht beendet sind.

Abg. Schröter -Merseburg (Komm.) bezeichnet die Vorschläge der Regierungsparteien zur Arbeitslosenversicherung als einen Raubzug gegen die Erwerbslosen, bekämpft aber auch die sozialdemokratische Forderung einer Beitragserhöhung.

Es folgen die Abstimmungen. Die Zölle für Benzin und Benzol werden nach Ablehnung der sozialdemokratischen Änderungsanträge mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Rechten angenommen in der Fassung der Regierungsvorlage. Bei der Ausgleichssteuer auf Mineralöle beantragen die Regierungsparteien die Wiederaufhebung der im Ausschuss beschlossenen Befreiung des Petroleums von der Steuer. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 244 gegen 178 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Das Agrarprogramm der Regierungsparteien wird in einfacher Abstimmung angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten und von der Demokratischen Fraktion die Abg. Lemmer und Rönneburg. Angenommen wird eine Entschliessung der Regierungsparteien, wonach die Einnahmen aus den Mineralölzöllen für Zwecke des Wege- und Strassenbaues verwandt werden sollen. Ferner wird die Entschliessung der Regierungsparteien angenommen, die die baldige Vorlage eines Gesetzes über die Osthilfe verlangt. Die Änderung der Tabaksteuer wird nach der Kompromissfassung der Regierungsparteien in namentlicher Abstimmung mit 241 gegen 184 Stimmen angenommen. Dafür stimmen auch die meisten Deutschnationalen. In einfacher Abstimmung wird dann auch die Änderung der Zuckersteuer beschlossen.

Hierauf wird in namentlicher Abstimmung mit 215 gegen 208 Stimmen das Biersteuer-Kompromiss der Regierungsparteien angenommen. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und verschiedene Deutschnationalen.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0.75 auf 0.85 % wird mit 220 gegen 204 Stimmen beschlossen.

Die Warenhaussteuer in der vom Ausschuss abgelehnten Fassung der Regierungsparteien wird mit 214 gegen 204 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Bei beiden Abstimmungen stimmte der Zentrumsabg. Schlack mit der Opposition, während Minister Dr. Stegerwald mit Ja! stimmte.

Die Vorlage zur Aenderung des Branntweinmonopols wird nach Ablehnung deutschnationaler Änderungsanträge angenommen, dazu eine Ausschuss-Entschliessung, die Abwehrmassnahmen gegen die Schädigung des deutschen Weinbaues und der deutschen Branntweinerzeugung durch hochgespritete Weine und ähnliche Stoffe fordert.

Ein kommunistischer Antrag auf Ablehnung der Mineralwassersteuer wird in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 204 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Pfui!-Rufe bei den Komm.)

Ein sozialdemokratischer Änderungsantrag verlangt Steuerfreiheit für Erzeugnisse, die unentgeltlich oder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden an die in Unternehmungen oder Verwaltungen beschäftigten Personen, ferner von Krankenkassen und in gemeinnützigen Kranken-, Heil-, Pflege- und Erziehungsanstalten, in Jugendherbergen und auf Spiel- und Sportplätzen.

Dieser Antrag wird mit 240 gegen 185 Stimmen abgelehnt. - Nach Ablehnung weiterer Änderungsanträge wird die Mineralwassersteuer in der Kompromissfassung der Regierungsparteien angenommen.

Die Aufbringungsunlage wird angenommen. Der dazu von den Sozialdemokraten gestellte Antrag auf Erhebung eines Notopfers durch Einkommensteuerzuschlag auf Einkommen über 8000 Mark wird mit 239 gegen 187 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Zentrumsabg. Schlack.

Angenommen wird die weitere Hinausschiebung der Bindung der Länder und Gemeinden an die Reichs-Einheitswerte.

Es folgt dann der inzwischen vom Ausschuss eingereichte Entwurf zur Vorbereitung der Finanzreform, der auch die Sanierung der Arbeitslosenversicherung enthält.

Die Abstimmung über die Kompromissfassung der Regierungsparteien, in der der Beitrag von $3\frac{1}{2}\%$ beibehalten wird, bleibt zunächst zweifelhaft, da die Deutschnationalen sich der Stimme enthalten. Im Hammelsprung stimmen aber die meisten Deutschnationalen mit den Regierungsparteien, sodass § 1 der Kompromissvorlage mit 213 gegen 186 Stimmen angenommen wird. § 3, der den Vorstand der Reichsanstalt zu Reformvorschlägen ermächtigt, wird mit 243 gegen 185 Stimmen angenommen, der Rest der Vorlage in einfacher Abstimmung gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und eine Minderheit der Deutschnationalen.

Die Übergangsregelung des Finanzausgleichs wird zurückgestellt auf Wunsch des Steuerausschusses.

Ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Besitzsteuern wird in namentlicher Abstimmung mit 383 gegen 48 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Vizepräsident Esser teilt mit, dass der Reichskanzler noch am Sonnabend die Abstimmung über das von den Kommunisten gegen das Kabinett eingebrachte Misstrauensvotum wünsche. (Abg. Torgler (Komm.): "Er will das Eisen schmieden, solange es warm ist!") Bei der namentlichen Abstimmung über den Misstrauensantrag stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten geschlossen mit Ja! Bei den Deutschnationalen stimmen der Parteivorsitzende Hugenberg und einige andere Mitglieder mit Ja!, die übrigen mit Nein. Der Misstrauensantrag wird mit 222 gegen 203 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. (Pfu! Rufe und Pfiffe bei den Komm.) Händeklatschen b. d. Reg. Parteien).

Um 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 10 Uhr vorm. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Deckungsvorlagen.